

JAHRESBERICHT 2010

ZU TRANSPARENCY DEUTSCHLAND

Transparency International Deutschland e. V. arbeitet deutschlandweit an einer effektiven und nachhaltigen Bekämpfung und Eindämmung der Korruption. Dazu müssen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und Koalitionen bilden. In Arbeits- und Regionalgruppen werden die Ziele an entscheidende Stellen transportiert, Lösungen erarbeitet und gesellschaftliche wie politische Entwicklungen kritisch begleitet.

WAS IST KORRUPTION?

**Transparency Deutschland definiert
Korruption als Missbrauch von
anvertrauter Macht zum privaten Nutzen
oder Vorteil.**

Inhalt

Das Jahr im Überblick	7
Arbeitsgruppen und Projekte	19
Politik - Bundes- und Landesverwaltung - Informationsfreiheit - Vergabe und Zentralregister - Integritätspakt - Wirtschaft - Corporate Accountability/Monitoring OECD- Leitsätze für multinationale Unternehmen - Finanzmarkt - Hinweisgeber - Strafverfolgung - Gesundheit - Transparenz in den Medien - Sport - Transparenz im Gemeinnützigen Sektor - Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit - Staatliche Entwicklungszusammenarbeit - Internationale Konventionen - Politische Bildung - Wissenschaftlicher Arbeitskreis - Projektgruppe Datenschutz und Korruptionsbekämpfung	
Aus den Regionalgruppen	33
Baden-Württemberg - Berlin/Brandenburg - Bremen - Frankfurt-Rhein-Main - Hamburg/Schleswig-Holstein - München - Niedersachsen - Ostwestfalen-Lippe - Rheinland - Ruhrgebiet - Sachsen - Thüringen/Sachsen-Anhalt	
Bericht des Beirats	41
Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	43
Finanzen und Mitglieder	45
Organisation	53
Vorstand - Beirat - Ethikbeauftragter - Arbeitsgruppenleiter/innen Regionalgruppenleiter/innen - Geschäftsstelle - Sitzungen	
Impressum	59



VORWORT

Im Mai 2010 konnte Transparency International Deutschland das 1.000ste Mitglied begrüßen. Bundesweit veranstalteten unsere Regionalgruppen im Jahr 2010 45 Treffen. Auf die gleiche Anzahl gemeinsamer Arbeitssitzungen brachten es die thematischen Arbeitsgruppen. Referentinnen und Referenten von Transparency traten 2010 bei mehr als hundert Veranstaltungen auf. Welche konkreten Aktivitäten und fachlichen Themen sich hinter diesen dürren Zahlen verbergen, hierüber wird der Jahresbericht 2010 Auskunft geben. Was er nur indirekt vermitteln kann ist die Tatsache, dass hinter dem Wirken von Transparency Deutschland die ehrenamtliche Arbeit vieler Einzelpersonlichkeiten steht. Sie schenken Transparency Deutschland ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrung sowie den Zugang zu ihren sehr unterschiedlichen Netzwerken und Fachkreisen.

Wir erlebten 2010 erneut, dass sich das gesellschaftliche Umfeld und Problembewusstsein für Themen der Korruptionsbekämpfung gegenüber den Anfängen von Transparency International deutlich verändert hat. Die Einsicht, dass Korruption in ihren verschiedensten Formen nicht nur im inter-

nationalen Raum die Entwicklung hin zu menschenwürdigen, politisch, wirtschaftlich und sozial stabilen Gemeinschaften massiv behindert, ist allorten gewachsen. Die Korruptionsbekämpfung hat es neben Überlebensfragen unseres Planeten wie dem Klimawandel auf die Agenda der G8 und G20-Gipfel geschafft. Gleichwohl hapert es insbesondere in Deutschland an der Umsetzung notwendiger Reformen. Auch im Jahr 2010 hat Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption nicht in deutsches Recht umgesetzt. Im Deutschen Bundestag fand sich keine Mehrheit zur wirksamen Regelung der Abgeordnetenbestechung. Auch gelang es den Parteien nicht, die erkennbaren Defizite des Parteienfinanzierungsgesetzes zu beseitigen sowie wirksame Regelungen gegen zunehmend demokratieschädliche Formen des Lobbyismus zu beschließen.

Der Kampf von Transparency Deutschland gegen wirtschaftliche und politische Formen von Korruption wird gerne mit dem Kampf von David gegen Goliath verglichen. Wir sind in der Tat eine finanziell kleine Nichtregierungsorganisation. Wir werden gehört, weil wir Missstände beim Namen nennen, die große Teile unserer Gesellschaft ebenfalls beklagen.

Wir werden ernst genommen, weil wir Teil eines weltweiten Netzwerkes sind, das sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gegen den Machtmissbrauch und die Vorteilsnahme Einzelner einsetzt. Unser Ansehen und Einfluss ist aber auch entscheidend von uns selbst, unserem Auftreten und unserer Arbeitsweise abhängig. Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit sind unser höchstes Gut. Effekthascherei, Skandalisierung um der raschen Schlagzeile willen ist nicht unser Stil. Genauso wenig scheuen wir aber auch die Auseinandersetzung mit den „Mächtigen“ in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir nennen Missstände und deren Verursacher beim Namen. Wir sind hartnäckig und bleiben „dran“, wenn die Einsicht für notwendige Veränderungen etwas mehr Zeit und Überzeugungskraft braucht.

In diesem Sinne danke ich meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Vorstand, den Mitgliedern im Führungskreis und allen Ehrenamtlichen für ihr Engagement und ihre aktive Mitarbeit. Allen Mitgliedern danke ich für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen. Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle: Ohne ihre Anleitung, Koordination und Betreuung wäre die engagierteste ehrenamtliche Arbeit kaum wirkungsvoll.

Prof. Dr. Edda Müller

Vorsitzende

YORK HASLER
NEUMITGLIED
SCHÜLER AUS BERLIN



„Ich engagiere mich bei Transparency, weil ich Korruption für das größte Problem dieser Welt halte. Transparency versucht, Korruption zu bekämpfen und erfüllt die notwendige Aufgabe, Menschen für die Existenz und Folgen korrupter Praktiken zu sensibilisieren. Durch die erfolgreiche Bekämpfung von Korruption ließen sich auch Probleme wie Armut, Welthunger oder Wasserknappheit lösen.“

2010

JANUAR

M	D	M	D	F	S	S
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31

FEBRUAR

M	D	M	D	F	S	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28

MÄRZ

M	D	M	D	F	S	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

APRIL

M	D	M	D	F	S	S
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	

MAI

M	D	M	D	F	S	S
				1	2	
3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30
31						

JUNI

M	D	M	D	F	S	S
	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30				

JULI

M	D	M	D	F	S	S
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31

AUGUST

M	D	M	D	F	S	S
					1	
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30	31					

SEPTEMBER

M	D	M	D	F	S	S
				1	2	3
4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	
31						

OKTOBER

M	D	M	D	F	S	S
					1	2
3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30
31						

NOVEMBER

M	D	M	D	F	S	S
					1	2
3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30
31						

DEZEMBER

M	D	M	D	F	S	S
					1	2
3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30
31						

DAS JAHR IM ÜBERBLICK

20. Januar: Landeshauptstadt Potsdam wird Mitglied bei Transparency

Potsdam wird viertes kommunales korporatives Mitglied bei Transparency Deutschland. Im Scheinwerfer 47 vom Mai 2010 erscheint ein Gespräch mit Oberbürgermeister Jann Jakobs.

25. Januar: Gutes Abschneiden von Transparency International im Global Think-Tank Index

Im Global Think-Tank Index der Universität von Pennsylvania, einem Ranking der fünfzig besten Think-Tanks außerhalb der USA, steht Transparency International an zweiter Stelle und folgt damit auf Chatham House aus Großbritannien.

27. Januar: Transparency Deutschland twittert zum 100. Mal

Anfang des Jahres veröffentlicht Transparency Deutschland seinen einhundertsten Tweet: „Einladung an ‚führende Medienmacher‘: Energiekonzern betreibt Klimapflege“. Zum Jahresende 2010 hat Transparency Deutschland 855 Follower. Man kann Transparency Deutschland unter http://twitter.com/transparency_de folgen.

4. März: Gemeinsame Forderung für die Parteienfinanzierung

Die Organisationen Campact, LobbyControl, Mehr Demokratie und Transparency Deutschland fordern gemeinsam dazu auf, einen Aufruf für mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung zu unterzeichnen. Am 7. Juni 2010 werden über 25.000 Unterschriften an Vertreterinnen und Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien übergeben.

5. bis 7. März: Führungskreistreffen in Eisenach

Beim jährlichen Treffen kommen der Vorstand, die Arbeitsgruppen- und Regionalgruppenleitungen sowie vereinsinterne Funktionsträgerinnen und -träger und Projektverantwortliche als Führungskreis zusammen. In diesem Jahr liefern insbesondere die Themen Nachhaltigkeit und Evaluation der Arbeit von Transparency Deutschland viel Stoff für inhaltliche und strategische Diskussionen. Das Führungskreistraining zu „Interne Kommunikation in ehrenamtlichen Organisationen“ stößt auf großes Interesse. Der Besuch der Wartburg bietet Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und besseren gegenseitigen Kennenlernen.

2010

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI



Pressekonferenz zu Parteisponsoring

Führungskreistreffen in Eisenach

19. März: Spendenaufruf „Haiti braucht jetzt Ihre Hilfe!“

Nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti startet Transparency Deutschland eine Spendenaktion für die nationale Transparency-Organisation „La Fondation Héritage pour Haïti (LFHH)“ in Haiti, um diese bei der Überwachung der Verteilung der Hilfsgelder zu unterstützen. Es kommen 5.470 Euro zusammen, die beispielsweise in zerstörte Computer investiert werden.

29. April: Gespräch mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Die Vorsitzende Sylvia Schenk und die stellvertretende Vorsitzende Dr. Hedda von Wedel sprechen mit der Bundesjustizministerin zu den Themen Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes, Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) und Informationsfreiheit. Insbesondere die Projektgruppe Datenschutz und die Arbeitsgruppe Politik liefern wertvolle Beiträge zur Vorbereitung.

12. bis 16. Mai: Europe and Central Asia Regional Meeting (ECA) in Albanien

Die europäischen und zentralasiatischen Chapter treffen sich in Tirana, um die internationale Strategie 2015 von Transparency International zu diskutieren. Das deutsche Chapter wird von der Vorsitzenden Sylvia Schenk und dem Geschäftsführer Dr. Christian Humborg vertreten.

19. Mai: Tagung zur Revision der OECD-Leitsätze in Berlin

Transparency Deutschland veranstaltet mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) die Tagung „Der Kampf gegen die Korruption - Aspekte der Revision der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen“ in Berlin. Anlass ist das zehnjährige Jubiläum der Leitsätze und der Revisionsprozess, der am 30. Juni 2010 in Berlin beginnt und voraussichtlich bis Ende 2011 dauern wird.

7. Juni: Veranstaltung zu Korruption und Sport in Stuttgart

Unter dem Titel „Platinis Ruf nach der Sportpolizei – wie sehr bedrohen Intransparenz und Korruption den Sport?“ lädt die Regionalgruppe Baden-Württemberg zum Vortragsabend mit der Vorsitzenden und Sportexpertin Sylvia Schenk ein.

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



Unterzeichnung des Integritätspaktes in Hannover



Einführungsseminar in Mülheim an der Ruhr

10. Juni: Korporative Mitglieder treffen sich in Frankfurt am Main

Das Forum der korporativen Mitglieder findet am Donnerstag, den 10. Juni 2010, im Haus der Deutschen Bahn AG in Frankfurt am Main statt. Das Forum bietet Unternehmen, die Mitglied bei Transparency Deutschland sind, die Möglichkeit zum Austausch zum Thema Korruptionsprävention.

14. Juni: Transparency Deutschland unterzeichnet Integritätspakt mit Klinikum Region Hannover (KRH)

Mit dem Integritätspakt zwischen der kommunalen Klinikgruppe und Transparency Deutschland wird ein verbindliches Regelwerk geschaffen, das alle an dem Bauprojekt Beteiligten zur Korruptionsvermeidung verpflichtet und einer unabhängigen Kontrolle unterzieht. In Niedersachsen wird damit zum ersten Mal ein Bauvorhaben auf diese Weise kontrolliert.

14. Juni: Regionalgruppe Berlin/Brandenburg veranstaltet Workshop

Die Leiterin der Regionalgruppe Berlin-Brandenburg, Dr. Astrid Wokalek, bietet für die Antikorruptionsbeauftragten in Berlin und Brandenburg einen Workshop zum Erfahrungsaustausch an, der auf großes Interesse stößt.

15. Juni: Vortragsabend in Frankfurt

Die Regionalgruppe Frankfurt-Rhein-Main veranstaltet einen Vortragsabend mit Jermyn Brooks, der die Programme von Transparency International zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption in der Privatwirtschaft vorstellt.

15. Juni: Expertengespräch zu Whistleblowing in Hamburg

Die Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein ist bei der Handelskammer Hamburg zu Gast und veranstaltet ein Expertengespräch zu Hinweisgebersystemen.

18. Juni: Teilnahme an der Anhörung des Bundesinnenministeriums zur Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes

Dennis Heinson vertritt die Forderungen von Transparency Deutschland bei einer Anhörung des Bundesinnenministeriums im Rahmen der Gesetzesnovellierung zum Bundesdatenschutz. Die Projektgruppe Datenschutz nimmt für Transparency Deutschland an der aktuellen Diskussion um die Änderungen im Beschäftigtendatenschutz teil.

2010

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI



Wahl eines neuen Vorstands auf der Mitgliederversammlung

19. Juni: Mitgliederversammlung und Neuwahlen des Vorstands in Berlin

Die Mitglieder wählen einen neuen zwölfköpfigen Vorstand. Prof. Dr. Edda Müller wird neue Vorsitzende von Transparency Deutschland. Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und Mitglied im Beirat von Transparency Deutschland, hält einen Vortrag zu Zivilcourage.

19. Juni: Erste Beiratssitzung zur National Integrity System (NIS)-Studie

Am 19. Juni 2010 tagen die Mitglieder des NIS-Beirats, um mit dem Studienleiter Dr. Dieter Korczak zu beraten, wie sie das ambitionierte Projekt der Analyse von 13 gesellschaftlichen „Pfeilern“ hinsichtlich ihrer Ressourcen, Transparenz und Integrität unterstützen können. Im Beirat vertreten sind unter anderem Dr. Jens Harms, Landesrechnungshof-Präsident i. R., Florian Toncar, Mitglied des Bundestages (FDP), Cornelia Gädigk, Oberstaatsanwältin in Hamburg, sowie Dr. Konstantin von Notz, Mitglied des Bundestages (Bündnis90/Die Grünen).

23. Juni: Die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ geht an den Start

Eine Pressekonferenz von Transparency Deutschland und dem Trägerkreis der Initiative in Berlin markiert den offiziellen Beginn der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“. Transparency

Deutschland hat mit zahlreichen Partnern aus dem gemeinnützigen Sektor die Initiative ins Leben gerufen, bei der sich gemeinnützige Organisationen zur Transparenz verpflichten.

26. Juni: Dr. Peter von Blomberg begrüßt das 1.000ste Mitglied

Beim Einführungsseminar begrüßt der stellvertretende Vorsitzende Dr. Peter von Blomberg Sebastian Schubert als das 1.000ste Mitglied von Transparency Deutschland. „Die Presseberichterstattung zu Korruptionsfällen hat mich dazu bewogen, mich bei Transparency als Mitglied zu engagieren“, so Schubert, der im Mai beigetreten war.

2. Juli: Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes in Berlin

Im Berliner Abgeordnetenhaus wird die Novellierung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes verabschiedet. Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz gilt bundesweit als vorbildlich für andere Bundesländer. Angestoßen wurde die Novellierung vom Berliner Wassertisch, dessen Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge über die Privatisierung der Berliner Wasserversorgung von Transparency Deutschland unterstützt wird.



**Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft**



Dr. Peter von Blomberg begrüßt das 1.000ste Mitglied

14. Juli: HOWOGE und Transparency Deutschland unterzeichnen Integritätspakt

Eine „Vereinbarung zur Integrität und Transparenz“ mit Transparency Deutschland soll die gesamte Planungs- und Bauphase bei Bau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für rund 2.300 Wohnungen in Berlin-Buch durch die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH begleiten. Der Integritätspakt, der vom Ethikbeauftragten Dr. Michael Wiehen mitentwickelt wurde, hat sich bereits bei anderen Projekten bewährt. Im September 2010 werden die Monitore erstmalig in einem Ausschreibungsverfahren bestimmt.

16. Juli: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Hansjörg Elshorst

Prof. Dr. Hansjörg Elshorst, Beiratsvorsitzender und ehemaliger Vorsitzender von Transparency Deutschland, bekommt in der Staatskanzlei Brandenburg von Dr. Volkmar Schöneburg, Justizminister des Landes Brandenburg, das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Mit der Auszeichnung wird er für seine herausragenden Leistungen in Wissenschaft und zivilgesellschaftlichem Engagement gewürdigt.

16. Juli: Veröffentlichung des 10. Scheinwerfers

Im April 2008 wird der bisherige Rundbrief in „Scheinwerfer“ umbenannt. Die zehnte Ausgabe der umbenannten elektronischen Mitgliederzeitschrift von Transparency Deutschland beschäftigt sich diesmal mit dem Themenschwerpunkt „Transparenz im Dritten Sektor“. Die Abonnentenzahl beträgt 1845.

28. Juli: Transparency International veröffentlicht Fortschrittsbericht zur Umsetzung der OECD-Konvention gegen Auslandsbestechung

Deutschland gehört zu den sieben OECD-Staaten, denen „active enforcement“ der Konvention konzidiert wird. International bestehen weiterhin große Defizite in der Umsetzung der OECD-Konvention gegen Auslandsbestechung.

10. August: Debatte um Auslandskorruption bei Unternehmen

In einem Interview mit dem Handelsblatt bezeichnet der mittelständische Unternehmer Eginhard Vietz den Kampf gegen Auslandsbestechung als „reine Heuchelei“ und gesteht, selbst Schmiergeldzahlungen geleistet zu haben. Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Peter von Blomberg nimmt zwei Tage später mit einem Namensbeitrag Stellung dazu. Seinen Äußerungen folgen eine Woche später Durchsuchungen der Geschäftsräume des Unternehmens von Eginhard Vietz.

2010

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI



Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande für Prof. Dr. Hansjörg Elshorst

26. August: Gründung der Stiftung von Transparency Deutschland

Bei der Vorstandssitzung in Berlin wird die „Transparency Deutschland Stiftung“ gegründet und die Stiftungssatzung beschlossen. Die Stiftung soll den Kampf gegen jede Art von Korruption auf nationaler und internationaler Ebene in Staat, Wirtschaft und in allen gesellschaftlichen Bereichen unterstützen.

26. August: Gründung der Arbeitsgruppen „Politische Bildung“ und „Bundes- und Landesverwaltung“

Auf der Vorstandssitzung am 26. August 2010 wird die Gründung von zwei neuen Arbeitsgruppen beschlossen. Ziel der Arbeitsgruppe Politische Bildung ist es, die Themen Korruption, Integrität und Transparenz insbesondere jungen Menschen so zu vermitteln, dass ihre Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenz gestärkt wird. Die Arbeitsgruppe Bundes- und Landesverwaltung will sich systematisch mit den Antikorruptionsbemühungen der Bundes- und Landesministerien auseinandersetzen.

2. September: Arbeitsgruppe Sport von Transparency Deutschland und die Deutsche Fußball Liga (DFL) stellen Präventionsprojekt vor

In einer gemeinsamen Pressekonferenz stellen die Arbeitsgruppe Sport und die Deutsche Fußball Liga (DFL) das Projekt „Transparenz und Integrität im Fußball“ vor. Im Mittelpunkt stehen unter anderem Workshops und Schulungen für Leistungszentren, die Einrichtung sogenannter „Helpdesks“, an die sich Spielerinnen und Spieler sowie Verantwortliche vertrauensvoll wenden können, sowie das Erstellen von Informationsunterlagen über Richtlinien im Sinne eines Grundkodexes.

4. September: Gemeinsames Einführungsseminar von drei Regionalgruppen

Die Regionalgruppen Berlin/Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt/Thüringen laden zu einem zweitägigen Einführungsseminar in Lutherstadt Wittenberg ein. Einführungsseminare bieten sowohl einen Überblick über die Arbeit von Transparency Deutschland als auch über Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Mitarbeit und zum gegenseitigen Kennenlernen. 2010 finden außerdem Einführungsseminare in Bremen und Mülheim an der Ruhr statt.

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



7. September: Kritik an den Ergebnissen des Berliner Untersuchungsausschusses Spreadreieck

Transparency Deutschland kritisiert das politische Versagen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Spreadreiecks in Berlin im Rahmen einer Pressekonferenz. Jochen Bäumel, Vorstandsmitglied bei Transparency Deutschland, hat die Arbeit des vor zwei Jahren eingesetzten Untersuchungsausschusses zu diesem Verkauf beobachtet und bezeichnet das Bauvorhaben Spreadreieck als „Beispiel für systemisches Versagen“.

8. September: Erfahrungsaustausch mit Transparency Estland zu Korruptionsprävention im privaten Sektor

Am 8. September 2010 ist Dr. Andreas Novak, Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaft, bei Transparency Estland in Tallinn zu Gast, um die Checkliste für „Self-Audits“ zur Korruptionsprävention in Unternehmen vorzustellen und über deren praktische Anwendung zu sprechen. Transparency Deutschland entwickelt Checklisten, anhand derer Risikozonen erkannt werden können.

9. September: Transparency kritisiert Atomkonsens und stellt IFG-Antrag

Der umstrittene Atomkonsens beschäftigt auch Transparency Deutschland: In einer Pressemitteilung wird das Vorgehen der Bundesregierung kritisiert, die eine schriftliche Vereinbarung mit den Energiekonzernen getroffen haben soll. Transparency Deutschland stellt beim Bundeskanzleramt einen Antrag auf Akteneinsicht in die schriftliche Vereinbarung nach dem Informationsfreiheitsgesetz.

23. September: Prüfung der Umsetzung der OECD-Konvention gegen Auslandsbestechung durch Deutschland

Das Prüfungsteam der OECD-Working Group on Bribery in International Business Transactions – bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern Japans, Neuseelands und Mitarbeiterinnen des OECD-Sekretariats – führt eine Vorortprüfung in München und Berlin durch. Transparency Deutschland nimmt mit drei Vertretern an der Vorortprüfung teil: mit dem Geschäftsführer, Dr. Christian Humborg, dem Ethikbeauftragten, Dr. Michael Wiehen, und Dr. Sebastian Wolf, Experte für Internationale Konventionen bei Transparency Deutschland.

2010

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI



Fachtagung „Was ist Korruption?“ mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

1. Oktober: Fachtagung „Was ist Korruption?“

In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet Transparency Deutschland ein Fachgespräch zum Thema „Was ist Korruption? Definitionen und Dimensionen für eine effektive Korruptionsbekämpfung“. Bei der vom wissenschaftlichen Arbeitskreis konzipierten interdisziplinären Veranstaltung kommen sowohl Juristinnen und Juristen, Betriebs-, Verwaltungs- und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler als auch Soziologinnen und Soziologen zu Wort.

2. Oktober: Regionalgruppe Rheinland beim Tag der Polizei

Die Regionalgruppe ist in Aachen beim Tag der Polizei mit einem Infostand vertreten, um Interessierte über die Arbeit von Transparency Deutschland und die Aktivitäten in der Region zu informieren.

6. Oktober: Bundesregierung beschließt Nationale CSR-Strategie

Transparency Deutschland begrüßt den Beschluss und die darin enthaltene angestrebte Förderung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die Stärkung internationaler Initiativen zur Corporate Social Responsibility. Es wird kritisiert, dass die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) in der vom Kabinett verabschiedeten Nationalen CSR-Strategie keine Erwähnung findet, obwohl das CSR-Forum dies vorgeschlagen hatte. Die Ratifizierung der UNCAC bleibt nach wie vor eine Hauptforderung von Transparency Deutschland.

18. Oktober: Korruptionsskandal bei der FIFA

Mit einer Veröffentlichung in der Sunday Times beginnt die Debatte um den Korruptionsskandal beim Fußball-Weltverband FIFA. Sylvia Schenk, Mitglied im Vorstand von Transparency Deutschland, kritisiert die Korruptionfälle und plädiert für ein Aufräumen in der FIFA. Man müsse jetzt eine strukturelle Erneuerung des Weltverbandes anstreben.



Diskussionsveranstaltung der Regionalgruppe Niedersachsen in Hannover

Vorstellung des Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) in der Bundespressekonferenz

26. Oktober: Veröffentlichung des Korruptionswahrnehmungsindex (CPI)

In der Bundespressekonferenz stellt Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, den Korruptionswahrnehmungsindex 2010 vor. Deutschland befindet sich wie im Jahr 2009 im europäischen Mittelfeld. Transparency Deutschland kritisiert insbesondere die mangelnden Konsequenzen aus Parteisponsoringaffären. Die Veröffentlichung trifft auf ein großes Medieninteresse.

28. Oktober: 6. Kiewer Gespräche „Korruption in Politik, Wirtschaft und Verwaltung– Zivilgesellschaftliche und internationale Gegenstrategien“

Bei den 6. Kiewer Gesprächen standen Perspektiven für Wirtschaft und Politik bei der Bekämpfung von Korruption in der Ukraine im Mittelpunkt. Neben Regierungsvertretern und Oppositionellen aus Kiew, Vertreterinnen und Vertretern aus Georgien, Russland, Polen und Bulgarien nehmen etliche Vertreter deutscher Stiftungen und NGOs und Journalisten teil. Transparency Deutschland wird durch Vorstandsmitglied Dr. Anke Martiny vertreten.

29. Oktober: Veranstaltung der Regionalgruppe Niedersachsen

Die Regionalgruppe veranstaltet im Klinikum Region Hannover eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zu den Themen Integritätspakt und Transparenz. Eingeladen sind auch Anti-korruptionsbeauftragte und Vertreterinnen und Vertreter von Fraktionen der großen niedersächsischen Städte.

2. November: Erfahrungsaustausch zum Thema Hinweisgeber in Berlin

Die Arbeitsgruppe Hinweisgeber lädt zum Erfahrungsaustausch für Vertrauensanwältinnen und -anwälte, Obleute und Korruptionsbeauftragte des Bundes und der Länder ein. Im Mittelpunkt steht der Kontakt zwischen den Fachleuten zur Korruptionsbekämpfung, um sich bei der Einrichtung von Hinweisgebersystemen auszutauschen.

4. November: Transparency Deutschland fordert Verbot von Anwendungsbeobachtungen

Auf einer Pressekonferenz in Berlin fordern Dr. Anke Martiny und Dr. Wolfgang Wodarg, Vorstandsmitglieder von Transparency Deutschland, das Verbot von sogenannten „Anwendungsbeobachtungen“. Diese haben nichts mit klinischen Prüfungen von Arzneimitteln zu tun, sondern stellen eine Vorteilsnahme von Pharmavertretungen zu Lasten der Patientinnen und Patienten dar.

2010

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI



Erfahrungsaustausch zum Thema Hinweisgeber in Berlin



Transparency Deutschland fordert das Verbot von Anwendungsbeobachtungen

7. bis 9. November: Annual Membership Meeting (AMM) von Transparency International

Einmal pro Jahr findet das Annual Membership Meeting (AMM) von Transparency International statt und bietet Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch sowie zur Festlegung gemeinsamer Ziele. Bei der AMM in Bangkok wird die neue Strategie 2015 verabschiedet. Neu in den internationalen Vorstand werden J.C. Weliamuna, Geschäftsführer von Transparency Sri Lanka, und Jacques Terray, stellvertretender Vorsitzender von Transparency Frankreich, gewählt.

10. bis 13. November: International Anti-Corruption Conference (IACC) in Bangkok

Die International Anti-Corruption Conference (IACC) wird von Transparency International mitveranstaltet und bringt alle zwei Jahre die Stakeholder im Kampf gegen Korruption zusammen. Dieses Jahr findet die IACC in Bangkok statt. Dort werden die Integrity Awards an Personen verliehen, die sich im Kampf gegen Korruption besonders verdient gemacht haben. Die Auszeichnungen gehen an den im Gefängnis verstorbenen russischen Anwalt Sergei Magnitsky, den Gabonesen Grégory Ngbwa Mintsu sowie an den Journalisten Attotage Prema Jayantha aus Sri Lanka.

11. November: Erfolg des Volksbegehrens zum Berliner Wassertisch

Die Landeswahlleiterin verkündet das amtliche Endergebnis des Volksbegehrens des Berliner Wassertisches zur Offenlegung der Verträge zur Privatisierung der Wasserversorgung in Berlin: Mehr als 280.000 Unterschriften machen die zweite Stufe des Volksbegehrens, das Transparency Deutschland unterstützt hatte, zu einem überwältigenden Erfolg.

1. Dezember: Veranstaltung „Anti-Korruption ist Chefsache“ an der IHK Duisburg

Die Regionalgruppe Ruhrgebiet lädt zur Informationsveranstaltung an der Industrie- und Handelskammer Duisburg. Der stellvertretende Vorsitzende, Dr. Peter von Blomberg, hält einen Vortrag zu Korruptionsprävention in mittelständischen Unternehmen. Ein Bericht zur Veranstaltung erscheint in der Novemberausgabe der Zeitschrift der IHK Duisburg.

7. Dezember: Veranstaltung der Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe an der Fachhochschule Bielefeld

Der Regionalgruppenleiter Dr. Harald Schlüter organisiert einen Vortrag mit Dr. jur. Matthias Braasch vom Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug der Universität Gießen zu „Korruption in Deutschland. Fakten, Fälle und Folgen“. Mit neunzig Gästen ist die Abendveranstaltung gut besucht.



Erfolgreiches Volksbegehren des Berliner Wassertisches

Konferenz „Strafverfolgung der Korruption“

8./9. Dezember: 4. Konferenz „Strafverfolgung der Korruption“ in Berlin

Am ersten Tag kommen über siebzig Polizeibeamte und Staatsanwälte aus dem ganzen Bundesgebiet zum Erfahrungsaustausch zusammen. Am zweiten Tag widmet sich die Konferenz für Strafverfolgung vor über 150 Teilnehmenden dem Thema der Privatisierung der Strafverfolgung. Daniel Domscheit-Berg, ehemaliger Sprecher von Wikileaks, spricht über dezentrale Enthüllungsplattformen, Geheimnisverrat und Informationsfreiheit.

9. Dezember: Veröffentlichung des Globalen Korruptionsbarometers 2010

Transparency International veröffentlicht das Globale Korruptionsbarometer 2010. In einer Pressekonferenz stellt Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, die Ergebnisse vor: Weltweit und auch in Deutschland ist eine Mehrheit der Befragten der Meinung, dass Korruption in den letzten drei Jahren zugenommen hat. In über dreißig Ländern weltweit finden Aktivitäten der nationalen Organisationen von Transparency International an diesem Tag statt.

9. Dezember: Regionale Aktivitäten zum weltweiten Anti-Korruptionstag

Am internationalen Antikorruptionstag finden verschiedene Veranstaltungen von Regionalgruppen statt: Die Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein lädt zu einer Veranstaltung zur Korruptionsprävention bei Unternehmen mit der Handelskammer Hamburg, die Regionalgruppe Bremen bietet eine Vortragsveranstaltung zu den „Bremer Aktivitäten gegen Korruption“ an. Die Regionalgruppe München ist auf dem Winter-Tollwood-Festival vertreten.



HANS-JOACHIM BRESS
MITGLIED AUS
LÜNEBURG
DIPLOMINGENIEUR

„Die Gesellschaft würde von einer verbesserten Transparenz, vor allem in der kommunalen Selbstverwaltung, profitieren. Die Öffentlichkeit darf nicht von Sitzungen gewählter Vertreter ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund bin ich Transparency beigetreten.“



ARBEITSGRUPPEN UND PROJEKTE

Politik

Kontinuierlich haben Arbeitsgruppen-Mitglieder und weitere Repräsentantinnen und Repräsentanten von Transparency Deutschland auch 2010 auf die Notwendigkeit der Novellierung der Abgeordnetenbestechung hingewiesen. So forderten die Vorsitzende von Transparency Deutschland, Prof. Dr. Edda Müller, und Vorstandsmitglied Jochen Bäumel bei der Vorstellung des Korruptionswahrnehmungsindex im Oktober die Bundestagsparteien dazu auf, endlich die längst überfällige Neuregelung des Paragraphen 108e des Strafgesetzbuches in Angriff zu nehmen.

Ein weiteres Hauptaugenmerk legte die Arbeitsgruppe 2010 auf die genauere Auswertung der Veröffentlichung der Nebentätigkeiten derjenigen Bundestagsabgeordneten, die auch als Juristinnen und Juristen tätig sind. Grund dafür ist eine Ungleichbehandlung von Anwältinnen und Anwälten großer Kanzleien und jenen mit kleinerer Mandantenzahl aber unterschiedlichen Schwerpunkten im Bundestag bei der Veröffentlichung ihrer Nebentätigkeiten. Theoretisch sind beide verpflichtet, ihre Nebentätigkeiten anzuzeigen. Doch in der Praxis berufen sich eine Reihe von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und Freiberuflerinnen und Freiberuflern, die für größere Sozietäten tätig sind, häufig darauf, dass Beteiligungen von Abgeordneten, die nicht mehr als 25 Prozent betragen, nicht anzeige-

pflichtig seien. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert fordert die notwendige Gleichbehandlung derzeit nicht ein. Transparency Deutschland drängt hier seit langem auf eine Änderung und vor allem auf mehr Klarheit bei der Darstellung aller Nebentätigkeiten. Denn das bestehende Regelwerk und die tatsächliche Handhabung in der Praxis werfen eine Fülle von offenen Fragen auf. Die bestehenden Unklarheiten bieten denjenigen, die sie nutzen wollen, eine Vielzahl von Schlupflöchern.

Die Millionenspende des Unternehmers Finck an die FDP und die Sponsoringaffären in Nordrhein-Westfalen und Sachsen haben 2010 die Themen Parteienspenden und –sponsoring wieder in den Fokus gerückt. Transparency hat zusammen mit Campact, LobbyControl und Mehr Demokratie e.V. eine Kampagne für mehr Transparenz und unabhängigere Kontrolle bei der Parteienfinanzierung gestartet. Durch zwei gut besuchte Pressekonferenzen mit entsprechendem Echo und einer Unterschriftenaktion von Campact im Internet, die 22.000 Unterschriften von Unterstützerinnen und Unterstützern erzielte, sah sich schließlich selbst der Bundestagspräsident gezwungen, vor die Presse zu treten und seine Neutralität bei der Untersuchung von Parteifinanz zu betonen.

Unter dem Titel „Sponsoring eingrenzen – Abgeordnetenbestechung wirksam bestrafen“ hat die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im niedersächsischen Landtag Mitte 2010 einen Antrag eingereicht, der die Parteispenden auf Landesebene neu regeln soll. Dazu gehört auch eine gesetzliche Verpflichtung zur unverzüglichen Offenlegung sämtlicher Sponsoringverträge. Im Namen von Transparency Deutschland hat die Arbeitsgruppe in einer Stellungnahme diesen Vorstoß begrüßt und darauf hingewiesen, dass ein noch größeres Maß an Transparenz durch eine Veröffentlichungspflicht im Internet erreicht werden könne.

Marion Stein

Bundes- und Landesverwaltung

Mit der Konstituierung dieser Arbeitsgruppe im Jahr 2011 soll die Bedeutung des Themenbereichs Bundes- und Landesverwaltung in den Aktivitäten von Transparency Deutschland gestärkt werden. Auf der ersten Sitzung Anfang 2011 wurde das Arbeitsprogramm diskutiert.

Es ist das Ziel

- die Maßnahmen der Korruptionsprävention bei den Bundes- und Landesministerien und Bundes- und Landesbehörden in ihrer Realisierung zu verfolgen,
- die veröffentlichten Berichte zu analysieren,
- „best practices“ in den verschiedenen Regelungen der Bundesverwaltungen und Landesverwaltungen herauszuarbeiten und
- Empfehlungen zur Fortentwicklung von Instrumenten vorzuschlagen.

Der Schwerpunkt der Probleme liegt nicht im Schaffen neuer externer oder interner Rechtsregeln, sondern in der tatsächlichen Umsetzung und deren Transparenz.

Die nächsten Themenschwerpunkte:

- 5. Bericht zur Umsetzung des Präventions- und Bekämpfungskonzeptes der Innenministerkonferenz
- Bericht des Bundesministeriums des Innern 2010: Vorbereitung von Maßstäben, die ein solcher Bericht erfüllen sollte
- Stand der Erstellung von Gefährdungsatlanen und generell die Risikoanalyse als Modell für ein Problemfeld mit zahlreichen praktischen Umsetzungsproblemen
- Möglichkeiten zur Prüfung von Compliance Management Systemen

Dr. Gisela Rüb

Informationsfreiheit

Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG) ist seit fünf Jahren in Kraft und wird nach der Statistik des Bundesministeriums des Innern weiterhin nur in geringem Umfang genutzt (rund 1.500 Anträge jährlich). So auch in den Ländern. Die Arbeitsgruppe verfolgte die von den Medien aufgegriffenen Antragsablehnungen und beobachtete bei Bund und Ländern die Anwendungspraxis. Sie fördert alle Bemühungen, die Informationsfreiheitsgesetze stärker zu nutzen.

Inwieweit mit Hilfe der Aktenauskunft und -einsicht Korruption im Einzelfall aufgedeckt wird, ist nicht bekannt. Die Gefahr einer Entdeckung für Korruptionstäterinnen und -täter in öffentlichen Verwaltungen dürfte jedoch durch die Informationsfreiheitsgesetze größer geworden sein.

Ein Schwerpunkt der Arbeit im Jahre 2010 war die Beteiligung an der vom Berliner Wassertisch geforderten und dann vor allem von Bündnis 90/Die Grünen initiierten Novellierung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes, das für die Privatisierung einiger kommunalwirtschaftlicher Verträge der Daseinsvorsorge einen erleichterten Informationszugang geschaffen hat. Außerdem regte die Arbeitsgruppe an, das Volksbegehren des Berliner Wassertisches zur Offenlegung der Verträge zur Privatisierung der Wasserversorgung in Berlin zu unterstützen.

Darüber hinaus konzentrieren sich die Bemühungen in den „südlichen“ Bundesländern darauf, Informationsfreiheitsgesetze auch in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Sachsen zu etablieren. Hierbei sind zunehmend auch die jeweiligen Regionalgruppen engagiert.

Ein nachhaltiger Aktivposten ist die Arbeit von Transparency Deutschland im Bündnis „Informationsfreiheit für Bayern“. Durch Vorträge, Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit konnte vielleicht etwas dazu beigetragen werden, dass sich die Zahl der Kommunen, die eine kommunale Informationsfreiheitsatzung eingeführt haben, im Laufe des Jahres immerhin verdoppelt hat.

Dieter Hüsgen

Dr. Heike Mayer



Vergabe und Zentralregister

Die Arbeitsgruppe Vergabe hat sich im abgelaufenen Jahr unter anderem mit folgenden Themen befasst:

1. Aktuelle Entwicklungen im Vergabewesen:

Die Arbeitsgruppe hat die Entwicklungen im Bereich des Vergaberechts – unter anderem im Hinblick auf die mit der Vergaberechtsnovelle einhergehenden Änderungen im Bereich der Sektorenauftraggeber – begleitet. Auch hat die Arbeitsgruppe eine Stellungnahme zum Diskussionspapier des Bundeswirtschaftsministeriums in Sachen Rechtsschutz im Bereich der Vergabe von Aufträgen im Unterschwellenbereich veröffentlicht. Zentrale Punkte der Stellungnahme sind unter anderem die Ablehnung der Einführung von weiteren Bagatellgrenzen sowie die Forderung nach einer Vorabinformation, da diese unerlässlich für wirkungsvollen Rechtsschutz ist – auch bei der Vergabe von Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte. Darüber hinaus wurde die freie Wahl des Vergabeverfahrens abgelehnt; auch hier ist dem offenen Verfahren der Vorrang zu geben. Als mögliche Rechtsschutzmodelle wurde seitens Transparency Deutschland eine unabhängige Prüfung favorisiert, weshalb die Zuständigkeit der Vergabekammern zu begrüßen wäre. Ein Rechtsschutz 1:1 zum Rechtsschutz oberhalb der EU-Schwellenwerte stellt aus Sicht von Transparency Deutschland allerdings den besten Weg dar.

2. Aktuelle Entwicklungen Korruptionsregister:

Die Arbeitsgruppe hat eine schriftliche Stellungnahme zum Vorhaben des Berliner Senats, das Berliner Korruptionsregistergesetz (KRG) zu entfristen und unbefristet fortzuführen, abgegeben. Aus Sicht von Transparency Deutschland war die unbefristete Fortführung des KRG vor dem Hintergrund, dass das KRG als unverzichtbar im Kampf gegen Korruption bezeichnet wurde, alternativlos. Diese Einschätzung konnte auf Einladung des Berliner Abgeordnetenhauses im Rahmen einer Anhörung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten vorgetragen werden. Als positives Ergebnis steht fest, dass der Berliner Senat der Entfristung des KRG zugestimmt hat und das Gesetz nunmehr unbefristet fortgeführt wird.

Besonders hervorzuheben ist zudem, dass auch das Interesse des Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) an der Thematik „Korruptionsregistergesetz“ stetig gewachsen ist und Anfang 2010 im dortigen Vergaberechtsausschuss die Sicht von Transparency Deutschland vorgetragen werden konnte.

Darüber hinaus war die Arbeitsgruppe durch einen Referenten auf der Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Wirtschaftsverantwortung und nachhaltige Unternehmenspolitik“ vertreten. Vor dem Hintergrund, dass beispielsweise auch das Land Thüringen beabsichtigt, ein Korruptionsregister zu etablieren, wurden unter anderem mögliche Voraussetzungen eines solchen Gesetzes thematisiert.

3. Aktuelle Entwicklungen Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP/ÖPP):

Zudem wurden die Entwicklungen im Bereich PPP/ÖPP weiter durch die Arbeitsgruppe begleitet. Der kritische Diskurs mit dem Bundesverband der Bauindustrie und dem Bundesverband Public Private Partnership (BPPP) wurde weiter gepflegt, nicht zuletzt auf öffentlichen Veranstaltungen und in Fachgremien.

Auch 2011 sind neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter herzlich eingeladen, an den Themen der Arbeitsgruppe – die sich auch in diesem Jahr weiterentwickeln werden – mitzuarbeiten.

Dr. Christian Lantermann

Integritätspakt

Während des Jahres 2010 haben wir zwei weitere große Investitionsprojekte in Deutschland mit dem Integritätspakt gegen Korruptionsversuche schützen können: den Neubau des Klinikums Hannover-Siloah und die Renovierung eines großen Wohnblocks in Berlin-Buch durch die sich im öffentlichen Besitz befindende HOWOGE. Bei beiden Projekten wurden Verträge ähnlich denen des Klinikums Bremen-Nord vereinbart.

Beim Klinikum Hannover-Siloah wurde zum ersten Mal ein von jedem Nachunternehmer mit dem Klinikum zu vereinbarenden Standard-Integritätsvertrag ausgearbeitet. Der von der Klinikum Region Hannover GmbH gemeinsam mit Transparency Deutschland ausgewählte Monitor ist Universitätsprofessor Prof. Dr.-Ing. Rainer Wanninger, Technische Universität Braunschweig, ein langjähriges Transparency-Mitglied.

Bei dem HOWOGE-Projekt wurde die Monitor-Position zum ersten Mal nach einer öffentlichen Ausschreibung besetzt: Das von der HOWOGE in enger Zusammenarbeit mit Transparency Deutschland durchgeführte Verfahren führte zur Bestellung einer „Arbeitsgemeinschaft Monitoring HOWOGE“ bestehend aus Prof. Dr.-Ing. Bernd Kochendörfer, Technische Universität Berlin, und RA Dr. Martin Jung, Kanzlei Kapellmann und Partner, Berlin.

Beide Projekte werden ebenso wie das Klinikum Bremen aktiv von Mitgliedern der jeweiligen Regionalgruppe von Transparency Deutschland begleitet.

Beim schon seit 2005 laufenden Integritätspakt beim Flughafen Berlin-Schönefeld, der Ende 2011 in Betrieb gehen soll, hat es weiterhin keinerlei Anzeichen von Korruption gegeben - ganz im Gegensatz zu den Erfahrungen mit diesem Großprojekt in den Jahren 1996 bis 2003.

Dr. Michael Wiehen

Wirtschaft

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft hat sich im Jahre 2010 zweimal zu inhaltlichen Treffen zusammengefunden.

- Wir haben unseren Input zur National Integrity System (NIS)-Studie erarbeitet und diskutiert.
- Unsere auf dem öffentlich zugänglichen Bereich der Webseite eingestellten Informationen sind durch verschiedene Dokumente erweitert worden, unter anderem durch einen Kodex zur Abgrenzung von legaler Kundenpflege und Korruption.
- Zum Thema Mittelstand und Korruptionsprävention haben

verschiedene Aktivitäten stattgefunden: Die Auslandshandelskammer in Moskau hat auf Betreiben großer deutscher Unternehmen mit Niederlassungen in Russland einen Verein gegründet, dem verschiedene, auch kleine und mittlere, Unternehmen beigetreten sind. Sie verpflichten sich, in ihren Geschäften auf Korruption zu verzichten. Zwei Vertreter der Arbeitsgruppe haben sich bei einem Gespräch mit dem Zuständigen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in Berlin über diese Initiative informiert. Die Auslandshandelskammer hat dazu auch bereits eine Informationsveranstaltung und Schulung veranstaltet.

Bundesweit haben verschiedene Veranstaltungen von und mit den Industrie- und Handelskammern (IHK) zur Korruptionsprävention stattgefunden, teilweise mit und teilweise ohne Beteiligung von Transparency Deutschland. Mit aktiver Hilfe durch die Geschäftsstelle wurden alle IHKs brieflich auf unser Angebot zu Vorträgen aufmerksam gemacht. Ein extrem geringer Rücklauf ist ernüchternd und zeigt uns die Notwendigkeit, dort vor Ort mit Unterstützung der Regionalgruppen weiter aktiv zu sein.

- Das Wiki, eine interne Wissensplattform, wurde nochmals überarbeitet und mit den Inhalten des vom internationalen Sekretariat herausgegebenen Plain Language Guide ergänzt. Trotz diverser interner Werbeaktionen müssen wir feststellen, dass unser Versuch, dieses Wiki zum Laufen zu bringen, als gescheitert angesehen werden muss.

Caspar von Hauenschild vertritt Transparency Deutschland im Kuratorium des Deutschen Netzwerk Wirtschaftsethik (DNWE) e.V. Das DNWE verfolgt das Ziel, den Gedanken- und Ideenaustausch über ethische Fragen des Wirtschaftens zu fördern und wirtschaftliches Handeln ethisch zu orientieren. Auf insgesamt neun Veranstaltungen hat Herr von Hauenschild Transparency vertreten, zum Beispiel als Experte bei „Wege aus der Vertrauenskrise“ in Wittenberg am 23. Februar 2010, auf dem Podium der Veranstaltung „Kostet Ethik Geschäft?“ am 29. November 2010 in München und auf dem Podium der Veranstaltung „Geht es auch ohne Compliance?“ am 6. Dezember 2010 in Frankfurt/Main.

Dr. Andreas Novak

Corporate Accountability/Monitoring OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen

Vor zehn Jahren hat die OECD erstmalig ein eigenständiges Kapitel mit Empfehlungen zur Vermeidung und Bekämpfung von Korruption in die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen aufgenommen. Damit wurden die OECD-Leitsätze eine wichtige Ergänzung zu rechtlichen Instrumenten der Korruptionsbekämpfung. Statt auf Strafe setzen sie auf Vermeidung von Korruption durch intelligente, wirtschaftsethische Verhaltensstandards, praktikable Handlungsempfehlungen und - weltweit bis heute einmalig - auf ein staatliches Instrumentarium zur Förderung dieser Standards.

Seit ihrer Gründung Ende 2005 setzt sich die Arbeitsgruppe Corporate Accountability für eine effektive Durchsetzung der OECD-Leitsätze ein. Leider mussten wir feststellen, dass die Einhaltung der Leitsätze nur unzureichend von den staatlichen Institutionen gefördert wird und verschiedene Fehlentwicklungen bei der praktischen Umsetzung der Leitsätze deren Nutzen mindern.

Nachdem die jahrelangen Bemühungen der Arbeitsgruppe, auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und Korrekturvorschläge zu unterbreiten, keine adäquate Resonanz erfahren hatten, nutzten wir die „Gunst“ der Finanz- und Wirtschaftskrise, um die Tauglichkeit der OECD-Leitsätze – in ihrer heutigen Form – zur Prävention von unternehmerischem Fehlverhalten grundlegend in Frage zu stellen. Gemeinsam mit den neunzig Nichtregierungsorganisationen des weltumspannenden Netzwerkes OECD Watch forderten wir die OECD auf, eine umfassende Überprüfung der OECD-Leitsätze inklusive deren praktischer Umsetzung zu veranlassen.

Im Juni 2009 stimmte der Ministerrat der OECD der Überprüfung zu. Nach intensiver Vorbereitung begannen im Laufe von 2010 die eigentlichen Arbeiten an der Aktualisierung der Texte sowie die den gesamten Prozess begleitenden Verhandlungen über das Ausmaß der notwendigen Ergänzungen. Die Ergebnisse der Revision sollen Ende Mai 2011 im Rahmen des fünfzigjährigen Jubiläums der OECD unter der Ägide von US-Außenministerin Hillary Clinton und Kanzlerin Angela Merkel offiziell bekannt gegeben werden.

Die Arbeit der Arbeitsgruppe konzentrierte sich 2010 auf die direkte Einflussnahme auf die vom OECD-Investment-Komitee in Paris gesteuerten Revisionsaktivitäten und auf flankierende politische und mediale Informationsmaßnahmen in Deutschland.

Ersteres geschah über unsere Mitgliedschaft in der Kern-Arbeitsgruppe von OECD Watch für die Revision der Leitsätze. OECD Watch ist der anerkannte Repräsentant der Zivilgesellschaft bei den Revisionskonsultationen. Zum Auftakt der Revision legte OECD Watch eine sechzigseitige empirische

Dokumentation und Analyse der zehnjährigen Erfahrungen mit der Nutzung der Leitsätze („10 Years On: Assessing the contribution of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises to responsible business conduct“) vor. Die systematische Auswertung von 96 Beschwerden wegen Missachtung der Leitsätze, die NGOs weltweit vorgelegt hatten, ergab, dass kaum eine der Unzulänglichkeiten und Fehlentwicklungen bei der Anwendung der Leitsätze den Texten selbst anzulasten sei. Vielmehr handelt es sich überwiegend um von den staatlichen Umsetzungsinstitutionen geschaffene Auslegungs- und Anwendungsprobleme. Auf der Basis dieser Erkenntnisse fokussieren seither unsere Revisionsvorschläge auf eine gründliche Überarbeitung der aktuellen Verfahrensvorschriften. Und damit auch zukünftig Fehlentwicklungen vermieden werden und die Verbesserungen nachhaltig wirken, fordern wir die Einführung von stringenten Vorgaben für die Unabhängigkeit der staatlichen Umsetzungsinstitutionen, die Festlegung von Mindestqualitätsstandards für ihre Arbeit und letztlich die Einrichtung von nationalen Monitoring-Systemen und eines internationalen Monitoring-Systems zur dauerhaften Begleitung und Absicherung einer effektiven Umsetzung der verbesserten Leitsätze.

Wie alle Mitgliedsländer der OECD ist die Bundesrepublik an der Revision der Leitsätze beteiligt. Daher hat die Arbeitsgruppe 2010 diverse Aktivitäten zur Information über die OECD-Leitsätze, deren Nutzen und Revisionsbedarf entfaltet und sich dabei um die Unterstützung der Bundesregierung, des Parlaments und der interessierten Öffentlichkeit bemüht.

Durch unsere mehrmonatige intensive Mitarbeit an dem vom Ministerium für Arbeit und Soziales initiierten CSR-Forum ist es gelungen, die „Weiterentwicklung der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen“ im CSR-Aktionsplan der Bundesregierung zu verankern. Die Unterrichtung der relevanten Bundestagsausschüsse im Oktober 2010 über den Stand der Revisionsarbeiten und unsere Empfehlungen, eine aktivere Rolle im Revisionsprozess einzunehmen, haben interessierte Nachfragen der Parlamentarier hervorgerufen und werden voraussichtlich Anfang 2011 zu einer Diskussion im Bundestag führen.

Ergänzend zu diesen Aktivitäten veranstalteten wir gemeinsam mit der Evangelischen Akademie und dem Evangelischen Entwicklungsdienst eine Tagung, die sich mit den spezifischen Anforderungen an die Revision des Korruptionskapitels der Leitsätze auseinandersetzte.

Eine größere Öffentlichkeit versuchten wir mit Pressemitteilungen zum Auftakt der Revision und der Veröffentlichung der OECD Watch-Studie zu erreichen. Im internationalen Vergleich gab besonders ein Studienergebnis Anlass zum Nachdenken: Die statistische Auswertung der 96 von NGOs weltweit

vorgelegten Beschwerden brachte zutage, dass Deutschland „Weltmeister“ im Ablehnen von OECD-Beschwerdefällen ist. Es bleibt also noch sehr viel zu tun, besonders in Deutschland, um die Wirksamkeit der OECD-Leitsätze zu verbessern.

Shirley van Buiren

Finanzmarkt

24. März: Das Global Policy Forum in Frankfurt lädt uns ein zu einem Beitrag zu den Transparenzregeln von Rohstofffinanzierungen von Banken – vermittelt durch Prof. Dr. Hansjörg Elshorst. Fazit: Da liegen noch Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit!

17. Mai: Das Bundeswirtschaftsministerium feiert fünfzig Jahre Investitionsgarantie mit einem Festakt in Berlin – Transparency Deutschland sitzt auf dem Podium mit Industrie, Banken, Wissenschaft und Ministerien. Fazit: Auch Investitionsgarantien des Bundes verlangen inzwischen „due diligence“ in der Korruptionsprävention.

27. September: Der SPD-Vorstand und seine „Zukunftswerkstatt“ laden in Berlin zum Workshop „Finanzmarktreform“ ein. Fazit: Leider ging es mehr um die Zukunft der Partei als um die des Finanzmarktes.

1./2. Oktober: Im Rahmen der Hannah-Arendt-Tage in Hannover zum Thema „Finanzmarktkrise“ beteiligt sich Transparency Deutschland an den Podiumsdiskussionen nach dem Film „Der Schwarze Freitag“ und „Markt und Staat – Lehren aus der Finanzmarktkrise“ – unter Beteiligung von Prof. Altvater und dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Herrn Kampeter. Fazit: Eine Position zwischen dem Alt-Marxisten Altvater und dem forschenden Staatssekretär Kampeter - mit einem feurigen Credo zur sozialen Marktwirtschaft - zu vertreten, macht Freude.

15./16. November: Tagung der United Nations Environment Programme Finance Initiative zum Thema „Werte und Bankenmarkt“ in Wolfsberg/Schweiz – Transparency Deutschland führt Hintergrundgespräche mit UBS, HVB und Deutsche Bank. Fazit: Die Notwendigkeit eine neue, nachhaltige Führungskultur zur Überwindung der Krise zu entwickeln, erschließt sich nur einigen CSR-Beauftragten, deren Stimme in den Häusern zu wenig Gewicht hat.

Oktober: „ 5 Forderungen mit Kampagnenfähigkeit der Arbeitsgruppe Finanzmarkt“ – diese Forderungen nehmen Bezug auf die Leitidee von Transparency International – Transparenz, Rechenschaft und Integrität.

1. Nachweis nachhaltiger Führungskultur durch regulierte Finanzdienstleister!



2. Nachweis einer modernen Führungskultur in den Institutionen der Kapitalmarktaufsicht – Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Bundesbank
3. Volle Transparenz der Lobbying-Aktivitäten der Finanzdienstleister!
4. Nachweis eines fairen und integrierten Entlohnungssystems!
5. Darstellung der gesamten Wertschöpfungskette von Produkten und Dienstleistungen im Privatkundengeschäft!

Wir haben unsere Forderungen auch in den globalen Diskurs mit den Verfasserinnen und Verfassern des Briefes an die G20 eingebracht und freuen uns, dass dieser Brief inzwischen sehr viel konkreter in seinen Forderungen geworden ist. Ein Teil unserer Forderungen ist auch übernommen worden.

Caspar von Hauenschild

Hinweisgeber

Die Arbeitsgruppe Hinweisgeber hat sich auf vier Treffen im Jahr 2010 unter anderem mit Problemen des Datenschutzes beschäftigt, die Auswirkungen eines Rechtsstreits in Frankreich auf das Image des Hinweisgebersystems und Kriterien für Best Practice Whistleblowing diskutiert, aber nicht weiterverfolgt. Außerdem hat die Gruppe die vom Internationalen Sekretariat von Transparency International federführend gestalteten Empfehlungen für Whistleblowing-Gesetzgebung besprochen und Änderungsvorschläge unterbreitet. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben mehrere Vorträge vor unterschiedlichem Publikum gehalten und Interviews gegeben. Im November 2011 organisierte die Arbeitsgruppe ein Treffen für die Korruptionsbeauftragten und Ombudspersonen aus Bund und Ländern - das erste Mal, dass sich Verantwortliche aus den Ämtern hierzu austauschen konnten.

Erfreulicherweise hat das Thema Hinweisgeber 2010 den Europarat beschäftigt. Das Sekretariat von Transparency International hat hierzu maßgebliche Vorarbeit geleistet. Das Thema „Hinweisgeber“ hat zum Ende des Jahres 2010 eine Facette bekommen, deren Auswirkungen die Arbeitsgruppe noch zu untersuchen haben wird: In den USA und einigen europäischen Ländern bemühen sich die Behörden, die benötigten Informationen nicht mehr durch den Appell an die Zivilcourage der Hinweisgeber, sondern durch handfeste Belohnungen zu erhalten. Sie sprechen damit einen anderen Typ von Hinweisgebern an als den „ethischen Dissidenten“, den Transparency Deutschland im Fokus hat. Die Vorgänge um die Steuer-CDs, mit denen sich der deutsche Fiskus Hinweise auf Steuerstraftaten verschaffte, gehören ebenfalls in diese Kategorie. Wie wird sich das Bild der Hinweisgeber in der Öffentlichkeit

ändern? Wie werden sich potentielle Hinweisgeber selbst sehen? Wie verändert sich die Informationsbeschaffungspolitik in der Öffentlichkeit, den Medien? Wie wird sich dies auf die Compliance-Abteilungen auswirken?

Einfluss wird auch die 2010 verstärkte Diskussion um WikiLeaks haben. Werden Hinweisgeber künftig anders von der Öffentlichkeit wahrgenommen? Welcher Mehrwert und welche Risiken entstehen durch die Veröffentlichung bestimmter Informationen?

Dr. Peter Hammacher

Strafverfolgung

Zur Korruptionsbekämpfung gehört auch die strafrechtliche Verfolgung von Korruptionsstraftaten. Die Arbeitsgruppe Strafverfolgung sieht sich im Sinne der allgemeinen Strategie von Transparency Deutschland, Netzwerke und Koalitionen zu bilden sowie rechtliche und andere Rahmenbedingungen im Kampf gegen Korruption zu verbessern, als Verbündete der Strafverfolgungsbehörden. Wir wollen wichtige Themen und Probleme bei der strafrechtlichen Aufarbeitung von Korruption aufgreifen und Lösungsvorschläge bzw. Forderungen formulieren, die Transparency Deutschland in den öffentlichen Diskurs einbringt.

2010 fand eine Arbeitsgruppensitzung (am Rande der Mitgliederversammlung 2010 von Transparency Deutschland in Berlin) statt; es gab sechs Telefonkonferenzen.

Mitglieder der Arbeitsgruppe haben – zum Teil in aktiver Rolle – an der Konferenz „Strafverfolgung der Korruption“ am 8./9. Dezember 2010 in Berlin teilgenommen.

Einzelne Mitglieder haben sich 2010 schriftlich und mündlich an der in Deutschland laufenden National Integrity System (NIS)-Studie beteiligt.

Die Arbeitsgruppe hat seit 2010 eine eigene Seite im Mitgliederbereich von www.transparency.de.

Wesentliche 2010 behandelte Themen (teilweise aus 2009 fortgeführt):

Vermögensabschöpfung:

Ein Mitglied der Arbeitsgruppe hat dazu einen Aufsatz im „Scheinwerfer“ veröffentlicht. Das Thema bleibt virulent, soweit es spezielle Bezüge zur Korruption gibt.

Kriminalitätsstatistiken:

Ein umfassendes Informationspapier wurde erstellt und in den Mitgliederbereich eingestellt.

Unabhängigkeit (Weisungsungebundenheit) der Staatsanwaltschaft:

Die Arbeitsgruppe hat die Grundlage für eine klare Positionierung von Transparency Deutschland auf der öffentlichen Internetseite gelegt zugunsten einer weitestgehenden Weisungsunabhängigkeit von Staatsanwaltschaften bei ihren Ermittlungen. Das (auch international diskutierte) Thema bleibt weiter im Blickfeld.

Verständigung (Absprachen) im Strafverfahren („Deal“): 2010 hat die Arbeitsgruppe Strafverfolgung verschiedene Positionspapiere verfasst, diskutiert, überarbeitet und mit dem Vorstand erörtert. Ein Diskussionspapier war Grundlage eines Tagesordnungspunktes im internen Teil der Konferenz „Strafverfolgung der Korruption“ am 8. Dezember 2010.

Die Arbeitsgruppe Strafverfolgung benötigt dringend noch weitere aktiv und kontinuierlich mitarbeitende fachkundige Mitglieder (insbesondere aus der Justiz und der Polizei).

Reiner Hüper

Gesundheit

Im Jahr 2010 setzte die Arbeitsgruppe Gesundheit die Arbeit an den Schwerpunkten Interessenkonflikte als Haupteinfallstor für Korruption im Gesundheitswesen, Überweisungsentgelte („Kopfgelder“ für gegenseitige Zuweisungen von Patientinnen und Patienten durch Leistungserbringende), die rechtliche Gleichstellung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte mit ihrer angestellten Kollegenschaft als Amtsträger im Paragraphen 299 StGB und am Positionspapier zum Verbot von Anwendungsbeobachtungen fort. Als neue Themen wurden Fehlverhalten, Betrug und Korruption im Betreuungs- und Pflegebereich sowie die Intransparenz Integrierter Versorgungsverträge nach Paragraph 140b SGB V und dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG), die nun auch zwischen Medizinprodukte-Herstellern und Krankenkassen geschlossen werden können, für 2011 identifiziert.

Die Arbeitsgruppe Gesundheit traf sich dreimal im Jahr 2010: im März und im Juni in Berlin und im November in Hannover. Neben den Schwerpunktthemen wurden die Antikorruptionsstellen im selbstverwalteten Gesundheitssystem, das Betreuungswesen (bei Pflegebedürftigkeit, Unmündigkeit etc.), die Affäre rund um die Schweinegrippe-Impfungen und die seit der Mitgliedschaft erfolgten Veränderungen beim korporativen Mitglied HELIOS Kliniken beleuchtet.

Es entstand ein Positionspapier zum Thema „Verbot von Anwendungsbeobachtungen“ (siehe Webseite von Transparency Deutschland) und ein wissenschaftlicher Artikel zur Schweinegrippe-Pandemie mit dem Titel „The Invention of the Swine

Flu Pandemic“, der im European Journal of Epidemiology im März 2011 erscheint.

Pressemitteilungen wurden mit der Geschäftsstelle erarbeitet zu den Themen Gleichstellung niedergelassener Ärzte - erschienen parallel zum Beginn des Deutschen Ärztetages im Juni 2010 - zu den Überweisungsentgelten und zu unserem Positionspapier mit der Forderung nach einem Verbot von Anwendungsbeobachtungen.

Die Arbeitsgruppe Gesundheit war unter anderem zu Vorträgen eingeladen bei der Fachhochschule der Polizei in Aschersleben, bei der Fachtagung zur Korruptionsbekämpfung im Gesundheitswesen der KKH Allianz in Hannover, beim EUROFORUM 2010 in Berlin, bei ATTAC, bei einer Key Opinion Leaders (KOL) Konferenz der Pharmazeutischen Industrie und der Werbeindustrie in München, beim European Health Care Fraud and Corruption Network (EHFCN) in Brüssel und bei einer Tagung zur Korruption im Gesundheitswesen des Landeskriminalamtes NRW.

Dr. Angela Spelsberg

Transparenz in den Medien

Die Mediengruppe hat sich mit Reisejournalismus beschäftigt. Hintergrund: Viele Veranstalter bieten Journalistinnen und Journalisten kostenfreie Reisen an, über die sie dann berichten. Für den Leser oder die Leserin ist aber nicht ersichtlich, ob der Verlag oder der Veranstalter die Kosten übernommen hat. Wir haben rund vierzig Reiseberichte ausgewertet – und in keinem wurde vermerkt, wer was finanziert hat. Der nächste Schritt ist nun, bei den Verlagen anzuregen, im Sinne von mehr Transparenz am Ende eines jeden Urlaubsartikels anzugeben, wer Flug und Unterbringung finanziert hat.

Zudem haben wir uns mit Reisen von Ministerinnen und Ministern befasst. Auch da ist nicht ersichtlich, welche Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft oder welche Journalistinnen und Journalisten Herrn zu Guttenberg, Herrn Westerwelle, etc. begleiten dürfen. Alle Ministerien betonen zwar auf Anfrage von Transparency Deutschland, dass sie keine Kosten für mitreisende Journalistinnen und Journalisten übernehmen – aber wen sie mitnehmen liegt offenbar im Ermessen der jeweiligen Ministerin, bzw. des Ministers. Der nächste Schritt ist die Bitte an die Ministerien, alle Delegationen auf die Webseite zu stellen. Damit wird öffentlich gemacht, welche Medien eigentlich in den Genuss, etwa der Konferenz im Kanzlerjet, kommen und ob Politikerinnen und Politiker diesbezüglich bestimmte Vorlieben haben.

Der Workshop der Mediengruppe beim Kongress „Demokratie und Öffentlichkeitsarbeit“ stieß auf äußerst geringes Interesse – was vielleicht auch an dem eher abgelegenen Ort lag. Fazit der vier Teilnehmer: Schön, dass es die Arbeitsgruppe gibt, weitermachen! Darüber hinaus gab es eine erneute Diskussion zum Thema Journalistenrabatte. Das Thema wurde bisher nicht weiter verfolgt, weil ein Journalistenrabatt keine konkrete Vorteilsannahme ist. Aber vielleicht sollte man das Thema doch noch mal aufnehmen, da es immer wieder aufkommt und Journalistinnen und Journalisten im Alltag vor Probleme stellt.

Janina Kalle

Sport

Die Arbeitsgruppe Korruption im Sport hat sich am 18. Mai 2010 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen gefunden sowie zwei weitere Sitzungen durchgeführt. Aktuell arbeiten acht Mitglieder in der Arbeitsgruppe (Christoph Geissler, Nadine Jacobi, Sylvia Schenk, Ulrike Spitz, Martin Sattler, Lars-Heiko Kruse, Stan Cutzach, Adrian Fiedler).

Bereits vorab hatten Sylvia Schenk und Martin Sattler ein Gespräch mit der Deutschen Fußball Liga (DFL) zum Thema Spielmanipulation geführt. Die DFL hat die Bedrohung des Fußballsports durch die internationale Wettmafia erkannt und ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Transparency Deutschland gezeigt, so dass mittlerweile ein Projekt initiiert wurde, bei dem Transparency Deutschland die DFL unterstützt. Unter anderem wurden eine Selbstverpflichtung und Sensibilisierungsmaßnahmen erarbeitet. Das Projekt wurde in einer gemeinsamen Pressekonferenz vorgestellt. Im Dezember hat die DFL die Stelle einer Ombudsperson ausgeschrieben.

Die Arbeitsgruppe hat 2010 folgende Themen bearbeitet:

- Transparente Zivilgesellschaft - Einbindung des Sports
- Muster-Ethik-Code
- VIP-Tickets
- Wettskandal Fußball/Matchfixing
- Olympiabewerbung München 2018
- Verbindung Politik und Sport

Im Scheinwerfer war die Gruppe mit zwei Artikeln präsent: Ulrike Spitz schrieb über Sport und Kommunen, Christoph Geissler zum Thema transparente Zivilgesellschaft und Sport. Auf ein Anschreiben der Arbeitsgruppe zum Thema „Transparente Zivilgesellschaft“ an Generaldirektor Dr. Vesper vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) vom 20. Oktober 2010 gab es bisher keine Reaktion.

Der von Christoph Geissler bearbeitete Muster-Ethik-Code soll als Ausgangspunkt für die Erarbeitung eines Ethik-Codes für kleine Vereine bis hin zu großen Verbänden dienen. Es sollen umfangreiche Erläuterungen und Beispiele für einzelne zu regelnde Punkte angefügt werden.

Der Entwurf des Grundkonzeptes wurde allseits positiv bewertet. Insbesondere wurde beschlossen, dass für den Sport eine möglichst kurze Fassung nötig ist und sich ein Baukastensystem anbietet. So kann sich jeder herausuchen, was der jeweilige Verein/Verband braucht.

Das Vorgehen der Olympiabewerbungsgesellschaft München 2018 wurde und wird von Seiten der Arbeitsgruppe Sport aus Transparenzgründen weiterhin kritisch betrachtet. In einem Gespräch der Mitglieder Schenk und Kruse mit Boris Schwartz, dem Beauftragten für Umwelt und Nachhaltigkeit der Bewerbungsgesellschaft, gleichzeitig Stadtrat von Bündnis 90/Die Grünen in München, am 4. Dezember 2010 in München, nahm Schwartz die kritischen Anmerkungen der Arbeitsgruppe weitgehend zustimmend zur Kenntnis. Seinem Vorschlag, gemeinsam einen Ethik-Code zu entwerfen, ist die Arbeitsgruppe nicht gefolgt. Sie ist der Meinung, dass ein Ethik-Code für eine ganzheitliche Transparenzinitiative nicht ausreicht und von der Bewerbungsgesellschaft leicht als Rechtfertigungsmaßnahme genutzt werden kann.

Lars-Heiko Kruse

Transparenz im Gemeinnützigen Sektor

Bei einer Pressekonferenz am 23. Juni 2010 stellte der Trägerkreis der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ (ITZ) eine Freiwillige Selbstverpflichtung vor, die in der von Karenina Schröder initiierten Arbeitsgruppe entwickelt worden war. Dem Trägerkreis gehören neben Transparency Deutschland der Bundesverband Deutscher Stiftungen, das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen DZI, der Deutsche Fundraising Verband, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Naturschutzring, der Deutsche Spendenrat, das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft und der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) an.

Damit erreichte die inhaltliche Arbeit der Initiative einen ersten Meilenstein ihrer Kampagne zur Offenlegung grundlegender Angaben zur Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen. Eine wesentliche Besonderheit besteht in der Einheitlichkeit des Rasters, das durch seine Gestaltung für alle Branchen sowie für kleine, mittlere und große Organisationen gleichermaßen geeignet ist. Ende 2010 hatten bereits 130 Organisationen die ITZ unterzeichnet. Ziel ist es, dass die Initiative führend und im gemeinnützigen Sektor zum Standard wird.

Dem vorausgegangen waren intensive Beratungen über die redaktionelle Endfassung des Papiers. Die Resonanz ist seitdem mehr als zufriedenstellend. Eine Reihe von redaktionellen Beiträgen und Einladungen zu Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Gastbeiträgen zeugen vom Interesse der Öffentlichkeit und der Medien.

Dieses wurde durch die Vorgänge um die Berliner „Treberhilfe“ - Stichwort: Maserati – befeuert. Die Resonanz aus Politik und Wohlfahrtsverbänden stellt eine Berliner Besonderheit dar. Hier wird die Diskussion um freiwillige Selbstverpflichtung versus zwangsweise Offenlegung von Angaben gemeinnütziger Körperschaften besonders intensiv geführt. Landesverbände bedeutender Wohlfahrtsverbände wie dem Paritätischen oder der Diakonie haben sich der Initiative bereits zu Beginn der Kampagne angeschlossen, um ihre Mitgliedsorganisationen zu ermutigen, proaktiv Transparenz zu beweisen.

Die Voraussetzungen und das Prozedere des Aufnahmeprozesses werden auf unserer Webseite ausführlich beschrieben. In der Ausgabe 48 des Scheinwerfer sind vielfältige Hintergrundbeiträge zum Thema „Transparenz im gemeinnützigen Sektor“ nachzulesen.

Ein Einschnitt in der Arbeitsgruppe war durch das beruflich bedingte Ausscheiden der bisherigen Leiterin, Karenina Schröder, zu bewältigen. Die Leitung haben Jens Claussen und Dr. Friedrich Haurert übernommen.

Die Arbeitsgruppe wird sich 2011 verstärkt mit Governance-Fragen befassen. Diese Thematik bezieht sich einerseits auf

die Weiterentwicklung der Selbstverpflichtung selbst. Denn die Unterzeichnung bedeutet im Idealfall für eine gemeinnützige Körperschaft, dass sie sich einer inhaltlichen Auseinandersetzung und strategischen Neuausrichtung stellt, die weitergeht als die reine Veröffentlichung von Basisinformationen.

Jens Claussen

Dr. Friedrich Haurert

Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit

Die Arbeitsgruppe verständigte sich auf ihrer Sitzung im März darauf, im Jahr 2010 schwerpunktmäßig in den 2009 im Anschluss an die Tagung in Bad Boll gegründeten thematischen Gruppen weiterzuarbeiten. Gleichzeitig gab Reinold Thiel nach sechsjährigem Engagement die Rolle des Themensprechers ab. Sonja Grolig wurde als seine Nachfolgerin gewählt.

- Kontrolle durch die Zielgruppen

In Kooperation mit unterschiedlichen kirchlichen Hilfswerken wurden Pilotprojekte in Erwägung gezogen, um den Ansatz zu erproben. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Kontrolle durch Zielgruppen nur schwer im laufenden Projekt oder bei schwach strukturierten Zielgruppen einführbar ist. Für 2011 ist eine Ausweitung von Pilotprojekten geplant.

- Soziokulturelle Faktoren der Korruption

Das Ergebnis der Literatursichtung wurde von Reinold Thiel schriftlich zusammengefasst. Es zeigte sich im Rahmen der Recherche, dass unter anderem Hannes Hechler bereits eine sehr umfassende Bearbeitung des Themas geleistet hat.

- Verhaltenskodizes, Ombudsstellen und ihre Praxistauglichkeit

Mehr als 15 verschiedene Leitlinien und Kodizes wurden analysiert und verglichen. Daraus wird im Frühjahr 2011 eine Empfehlung erarbeitet werden. Als wesentliches Qualitätsmerkmal kristallisiert sich heraus, dass Kodizes neben Werte- und Normvorgaben konkrete Handlungswege enthalten müssen, um praxistauglich zu sein. Für das Frühjahr 2011 ist ein Austauschtreffen mit Ombudspersonen der kirchlichen Werke geplant, um die Frage des Selbstverständnisses und der Mandatierung zu erörtern.

Erfreulicherweise zeigt der nicht formalisierte Austausch zwischen den Hilfswerken und der Arbeitsgruppe, dass eine Reihe von Organisationen hausintern Arbeitsgruppen zum Thema Korruptionsprävention/Umgang mit Korruption gegründet hat.

Die Arbeitsgruppe Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit, die ihren Schwerpunkt auch weiterhin im kirchlichen Bereich haben wird, plant deshalb vom 30. November bis 2. Dezember 2011 eine weitere Tagung in Bad Boll, um die Ergebnisse der thematischen Arbeitsgruppen den Hilfswerken zugänglich zu machen und den Organisationen eine Austauschplattform für die bisher gewonnen Arbeitserfahrungen zu bieten.

Sonja Grolig

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Das fünfte Jahr im Leben dieser Arbeitsgruppe war geprägt von der Fortführung unseres Dialogs mit dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). (Anmerkung: Die GTZ ist seit dem 1. Januar 2011 in die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) überführt worden.) Im Scheinwerfer (Nr. 46) konnte zusammenfassend festgestellt werden:

„Das Entwicklungsministerium weist in seinen Veröffentlichungen darauf hin, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der Korruptionsbekämpfung auf drei Ebenen ansetzt: Im Rahmen der Internationalen Koordination, durch Beiträge der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit und durch Korruptionsprävention in Deutschland. Insgesamt lässt sich feststellen, dass in den vergangenen Jahren schon viel erreicht worden ist. Die aufgezeigten Beispiele verdeutlichen jedoch, dass noch zusätzliche Maßnahmen zur Eindämmung der Korruption erforderlich sind.“

Zusätzliche Maßnahmen sind offensichtlich auch aus der Sicht des Ministeriums erforderlich, das an der Aktualisierung des Strategiepapiers zur Korruptionsbekämpfung aus dem Jahre 2002 arbeitet. In der Arbeitsgruppe haben wir hierzu eine Position erarbeitet, die im ersten Quartal 2011 verabschiedet und dem BMZ übermittelt werden soll. Einige Stichworte aus dem Entwurfspapier der Arbeitsgruppe: Verstärkte Unterstützung des BMZ für den Prozess der „International Aid Transparency Initiative“ (IATI); wirksamere Kontrolle der Budgethilfe in den Partnerländern; verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft vor Ort; klare Regelungen für die Sanktionierung von Fehlverhalten; Einbeziehung von Aspekten der Korruptionsprävention in die Projektevaluierung. Der vorläufige Entwurf ist im Mitgliederbereich einsehbar.

Die Fortführung unseres Dialogs mit der GTZ führte zu vielen Übereinstimmungen, die nach einer weiteren gemeinsamen Sitzung am 30. Oktober 2010 auch in einem gemeinsamen

Protokoll festgehalten wurden (siehe Mitgliederbereich). Hervorzuheben ist das gemeinsame Bemühen um ein verstärktes „Mainstreaming“ von Korruptionsprävention und –bekämpfung. Mit der für 2011 geplanten Zusammenlegung von drei EZ-Durchführungsorganisationen (GTZ, DED und InWent) werden wir die Frage nach klaren und überprüfbaren Regelungen in veränderter Form neu zu stellen haben.

Aus Gründen der Arbeitskapazität haben wir Analyse und Kontakte zur Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vorerst zurückgestellt.

In der Arbeitsgruppe bildeten sich im vergangenen Jahr besondere Interessengruppen zu den beiden Themen „Transparenz“ und „Zivilgesellschaft“ mit den Fragestellungen: Was genau ist mit den Begriffen gemeint? Wie sieht die Praxis aus? Hierzu wurden erste inhaltliche Entwürfe erarbeitet, die es der Arbeitsgruppe erleichtern dürften, gegenüber unseren Partnern konkrete Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

An den fünf Sitzungen der Arbeitsgruppe in Berlin haben im Jahr 2010 regelmäßig sechs bis zehn Mitglieder teilgenommen.

Uwe Henrich

Internationale Konventionen

Die Arbeitsgruppe Internationale Konventionen befasst sich mit der Umsetzung der Antikorruptionsregelungen von EU, Europarat, OECD und UN in Deutschland.

Die Arbeitsgruppe unter Leitung von Dr. Max Dehmel, hat wie in den Jahren zuvor die Antwort auf den Fragebogen für den jährlichen „2010 TI Progress Report on Enforcement of the OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions“ an das internationale Sekretariat von Transparency International übermittelt. Der Bericht wurde von Transparency International im Juni 2010 veröffentlicht. Die von der Arbeitsgruppe gemeldeten Zahlen über die Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen in Deutschland gegen die Bestechung ausländischer Amtsträgerinnen und Amtsträger haben dazu geführt, dass sich Deutschland nach dem Bericht 2010 dieses Mal in der Spitzengruppe (active enforcement) von sieben Staaten befindet. Siehe http://www.transparency.org/global_priorities/international_conventions

Die Arbeitsgruppe (verantwortlich: Sebastian Wolf) hat aus Anlass der Vorortprüfung Deutschlands durch ein Prüfungsteam der OECD Working Group on Bribery in International Business

Transactions im Rahmen der dritten Evaluationsrunde ein umfangreiches Positionspapier erarbeitet und dieses Dokument auch mündlich am 23. September 2010 vor der internationalen Prüfergruppe erläutert. Siehe <http://www.transparency.de/Position-Paper.1735.0.html>

Arbeitsstil: Die Arbeit der Gruppe ist nicht kontinuierlich wie bei anderen Arbeitsgruppen, sondern erfolgt überwiegend ad hoc auf bestimmte Anforderungen. Es hat deshalb auch nur eine Sitzung der Arbeitsgruppe am 19. Juni 2010 gegeben.

Dr. Max Dehmel
Dr. Sebastian Wolf

Politische Bildung

Die Arbeitsgruppe Politische Bildung gründete sich im November 2010. Bereits am Rande der Mitgliederversammlung 2010 im Juni in Berlin hatte es ein erstes Treffen Interessierter am Thema Bildung gegeben, um Ideen zu sammeln. Die Anwesenden teilten die Überzeugung, dass neben institutionellen Ansätzen die Befähigung der Menschen, sich gegen Korruption stark zu machen und in ihrem Einflussbereich integer zu handeln, eine Schlüsselrolle für den Erfolg im Kampf gegen Korruption spielt. Ausgangspunkt der Arbeitsgruppe ist also die Frage, wie die Themen Korruption, Integrität und Transparenz insbesondere jungen Menschen so vermittelt werden können, dass sie Urteilsfähigkeit, Wissen und vor allem Handlungskompetenz zur Vermeidung und Bekämpfung von Korruption erwerben. Auch auf internationaler Ebene hat Transparency International das strategische Ziel formuliert, verstärkt jungen Menschen den Wert integren Handelns nahezubringen. Auf dem ersten Arbeitstreffen im November 2010, auf dem neben Lehrkräften an Schulen und Hochschulen auch ein Schüler sowie Mitglieder mit Erfahrung in der internen Weiterbildung anwesend waren, wurden Ziele und Herangehensweisen diskutiert. Die Arbeitsgruppe hat beschlossen, ihre Ressourcen vorerst auf die Erarbeitung von Modulen für den Einsatz an Schulen (alle Schultypen, ab Klassenstufe 7) zu konzentrieren. Dazu sollen Materialien und interaktive, partizipative Methoden gesammelt werden, um das Dilemma der Korruption erfahrbar und Handlungsoptionen deutlich zu machen. Als Formate sind Rollenspiele, darstellendes Spiel, Filme, eigene „Gefährdungsanalysen“ des Schulalltags in Hinblick auf Interessenskonflikte oder Debattierclubs denkbar. Die geplanten Module sollen sich an der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler orientieren und für die Lehrerinnen und Lehrer unterschiedlicher Fächer in verschiedenen Unterrichtssituationen anwendbar sein. Im Anschluss an die Erstellung erster Module, die aktuell anläuft, ist eine Pilotphase geplant, in der die Materialien an Schulen zum Einsatz kommen.

Als ersten Schritt leistete die Arbeitsgruppe 2010 eine Bestandsaufnahme über bestehende Materialien und Projekte zu politischer Bildung bei Transparency Deutschland, bei anderen Chapters von Transparency International sowie bei anderen Nichtregierungsorganisationen aus dem Menschenrechtsbereich und dem Verbraucherschutz. Bei Transparency Deutschland existiert neben umfangreichem Vortragsmaterial eine von einer ehemaligen Praktikantin, Esther Pieterse, gemeinsam mit einigen Ehrenamtlichen erarbeitete Mappe mit Unterrichtsmaterialien und einem Planspiel. Eine besondere Herausforderung stellt sicherlich der Aufbau eines Netzwerks von Koalitionspartnern in verschiedenen Schultypen und Bundesländern dar, ganz besonders vor dem Hintergrund meist sehr dichter Lehrpläne. An Ideen für die Systematisierung der Bildungsarbeit von Transparency Deutschland an und mit Universitäten arbeitet eine Untergruppe der Arbeitsgruppe aktuell.

Constanze Berendts

Wissenschaftlicher Arbeitskreis

Der wissenschaftliche Arbeitskreis bemüht sich seit drei Jahren, thematisch klar formulierte aktuelle Fragen der Korruptionsforschung in einer interdisziplinären Runde zu erörtern und theoretische und empirische Forschungsergebnisse für die Bekämpfung von Korruption nutzbar zu machen.

Die Teilnehmenden des Arbeitskreises rekrutieren sich aus den universitären Fächergruppen, die inhaltlich einen Beitrag zur Erforschung des Korruptionsphänomens liefern, insbesondere aus der Rechtswissenschaft, Ökonomie, Politikologie, Soziologie, Geschichtswissenschaft und Psychologie. Im Zentrum der regelmäßigen Treffen des Arbeitskreises steht nicht nur eine laufende Forschungsfrage (wie etwa die Behandlung des Siemensfalles aus interdisziplinärer Perspektive), sondern auch der gegenseitige Austausch, der es erlaubt, eigene Forschungsfragen auch in der Darstellung anderer Forschungsparadigmen zu betrachten. Dabei versucht der Arbeitskreis, die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse über verschiedene Wege in die Öffentlichkeit zu bringen. Während im Jahr 2009 die erste Publikation des Arbeitskreises zum Siemensskandal als Resultat seiner Arbeit der beiden Anfangsjahre vorgelegt wurde, richteten sich die Aktivitäten im Jahr 2010 auf die Bearbeitung eines Kernproblems der Korruptionsforschung, nämlich auf das Aufgreifen der Diskussion um den Korruptionsbegriff. Es wird gerade von Praktikerinnen und Praktikern oft bemängelt, dass dieser Begriff sowohl im nationalen, aber vor allem im internationalen Rahmen unzureichend die Phänomene abbildet, gegen die sich die ehrenamtlichen Aktivitäten von Antikorruptions-NGOs richten. Damit ist ein Problemfeld berührt, das auch das Arbeitsfeld und das Selbstverständnis von

Transparency Deutschland betrifft. Der Arbeitskreis hat sich bemüht, diese Diskussion zunächst im engen Kreis auf einem seiner Treffen aufzugreifen. Die Diskussion wurde dann auf einer gemeinsamen Tagung mit der Friedrich-Ebert Stiftung in einer Runde von über dreißig Personen aus Politik und Medien weitergeführt. Es deutete sich zunächst auf der Tagung an, dass die angestoßenen Debatten und Aktivitäten bereits auf der juristischen Seite als auch im gesellschaftlichen Bereich Veränderungen hervorrufen. Während etwa von den Juristinnen und Juristen die universitäre Drittmittelinwerbung von Privatfirmen wegen der unternehmenskonformen Forschungsergebnisse unter Korruptionsverdacht gestellt wird, zeigt sich im gesellschaftlichen Bereich eine Ausweitung des Verständnisses für die Schädlichkeit von Korruption etwa in Unternehmen (gerade bei der Einrichtung von Compliance-Maßnahmen) oder in gesellschaftlichen bzw. medialen Diskussionen. Die Tagung mit der Friedrich-Ebert Stiftung machte darüber hinaus deutlich, dass zwar jede akademische Forschungsrichtung immer eine bestimmte Perspektive einnimmt, aber eine Schärfung des Begriffes im Hinblick auf fächerunabhängige Kernelemente zu einer weitergehenden Verbesserung beitragen kann. Dabei muss aber davon ausgegangen werden, dass Korruption ein wandlungsfähiges Phänomen ist, das in neu geschaffenen Amts- und Machtformen in immer neuer Weise auftreten kann. Daher muss diese Diskussion über die Grenzbereiche von Korruptionsinhalten in immer neuer Weise geführt werden, auch um die bestehenden Kerninhalte neu zu bekräftigen. Für das Jahr 2011 ist geplant, die Resultate dieser fruchtbaren Diskussion in einer Publikation einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Dr. Peter Graeff

Dr. Sebastian Wolf

Projektgruppe Datenschutz und Korruptionsbekämpfung

Die 2009 nach dem Screening-Skandal bei der Deutschen Bahn AG eingesetzte Projektgruppe hat die Aufgabe, Transparency Deutschland in der aktuellen Diskussion um die Veränderungen im Beschäftigten-Datenschutz zu positionieren und insbesondere eine angemessene Berücksichtigung der zur Korruptionsbekämpfung unerlässlichen Maßnahmen zu erreichen. Dabei war und ist Leitlinie, dass dem Datenschutz ein hoher Wert zukommt, dieser aber in Balance mit einer effektiven Verfolgung von Verdachtsfällen und der Prävention stehen muss.

2010 wurde zunächst ein Positionspapier erarbeitet, das im weiteren Verlauf aufgrund neuer Gesetzesentwürfe mehrfach überarbeitet beziehungsweise ergänzt werden musste. Einzelne Mitglieder der Projektgruppe beteiligten sich mit Fachaufsätzen an der öffentlichen Diskussion. Zudem wurden zahlreiche Veranstaltungen besucht und Medienanfragen beantwortet.

Bei dem Gespräch mit der Bundesjustizministerin im April 2010 konnten Dr. Hedda von Wedel und Sylvia Schenk für unsere Position werben. Am 18. Juni 2010 veranstaltete das Bundesinnenministerium im Rahmen der Gesetzesnovellierung ein Hearing, bei dem Dennis Heinson die Forderungen von Transparency Deutschland vortrug. Im Oktober fand ein Fachgespräch mit Konstantin von Notz (MdB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) unter Beteiligung von Dennis Heinson und Thorsten Sörup statt.

Die projektbezogene Arbeit hat es ermöglicht, neue engagierte Mitglieder mit hohem Fachwissen für die Arbeit bei Transparency zu begeistern und zu weiteren Aktivitäten zu motivieren.

Sylvia Schenk

Thorsten Sörup



PROF. DR.
BETTINA HOHN
MITGLIED
HOCHSCHUL-
PROFESSORIN AN DER
HWR BERLIN

„Als Wissenschaftlerin und Leiterin des Masterstudiengangs „Nonprofit-Management und Public Governance“ beschäftige ich mich intensiv mit Nonprofit-Organisationen. Daher weiß ich um die Wichtigkeit der Transparenz und Rechenschaftspflicht seitens der Zivilgesellschaft. Auch weil Transparency sich dafür einsetzt, bin ich Mitglied geworden.“



AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Baden-Württemberg

Im Januar 2010 wurde mit Nicole Perez und Sebastian Fischer die neue Regionalgruppenleitung gewählt, um Dr. Peter Hammacher, der die Gruppe über Jahre hinweg aufgebaut und betreut hat, mittelfristig zu entlasten.

Im Verlauf des Jahres gab es mehrere Regionalgruppentreffen, an denen erfreulicherweise stets zwischen zehn und zwanzig Mitglieder beziehungsweise Interessierte teilnahmen.

Über das Jahr hinweg fanden mehrere interessante Vortragsveranstaltungen statt. So referierte Herr Dr. Hammacher im März 2010 beim Außenhandelsausschuss der Industrie- und Handelskammer (IHK) Esslingen zum Thema „Korruption: Wo steht Deutschland in der Welt?“.

Rechtzeitig vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika konnten wir im Juni zu einer Vortragsveranstaltung über Korruption im Sport in Stuttgart einladen, bei der Sylvia Schenk einen beeindruckenden Vortrag, gespickt mit der einen oder anderen bemerkenswerten Anekdote, hielt.

Im September hatten mehrere Mitglieder die Gelegenheit, an dem Mittelstandskongress in Freiburg „Werte, Wertschätzung, Wertschöpfung“ teilzunehmen, bei dem Frau Schenk erneut das Thema „Korruption und ihre Auswirkungen“ dem interessierten Publikum, das vornehmlich aus mittelständischen Unternehmern bestand, näher brachte.

Nicht losgelassen hat uns das Thema Informationsfreiheitsgesetz, bei dem jedoch aufgrund der aktuellen politischen Konstellation in Baden-Württemberg keine Bewegung der verantwortlichen Akteure zu erkennen ist. Dieses Thema verbleibt aber auf der Agenda für 2011.

Bereits am Anfang des Jahres begannen wir mit der Planung eines Fachseminars für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunen, die mit den Aufgaben Korruptionsbekämpfung und Compliance betraut sind. Leider konnte dieses Vorhaben bislang noch nicht konkret in die Tat umgesetzt werden, auch dieses Vorhaben wird jedoch 2011 weiter verfolgt.

Für lebhaftere Diskussionen innerhalb der Regionalgruppe sorgte im vergangenen Jahr immer wieder das umstrittene Bauprojekt Stuttgart21. Auch Anfragen von außen wurden diesbezüglich mehrfach an uns als lokale Repräsentantinnen und Repräsentanten von Transparency Deutschland gerichtet. Es wurde jedoch entschieden, in dieser Sache zunächst einen neutralen Standpunkt einzunehmen und nicht vorschnell – vor allem aber ohne ausreichend Detailkenntnis zu besitzen – für eine Seite Partei zu ergreifen.

Außerdem beschäftigte uns die Auswertung des Ende 2010 begonnenen Projektes Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011. Die Antworten der Parteien wurden ausgewertet und in einer Presseerklärung veröffentlicht.

Insgesamt schaut die Regionalgruppe Baden-Württemberg auf ein erfolgreiches und aktives Jahr 2010 zurück. Erfreulich ist, dass sich im vergangenen Jahr ein „harter Kern“ von aktiven Mitgliedern gebildet hat, die auch in der kommenden Zeit engagiert und informiert für die Ziele von Transparency Deutschland auf regionaler Basis eintreten wollen.

Nicole Perez

Berlin/Brandenburg

Die Regionalgruppe Berlin-Brandenburg richtete im Rahmen ihrer regelmäßigen Treffen Vorträge zu verschiedenen Themen aus. Unterschiedliche Gäste kamen dabei zu Wort. Die Gruppe freute sich, Dr. Gisela Rüb, ehemalige Leiterin des Arbeitsstabes Korruptionsprävention im Innenministerium des Landes Brandenburg, und Andreas Käppel, Leiter des Landeskriminalamts Brandenburg, zu einem Vortrag über „Prävention und Repression - Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden“ willkommen zu heißen. Prof. Dr. Rainer Wanninger von der TU Braunschweig referierte über das Thema „Zwischen Manipulation und Korruption – Problemfelder bei der Vergabe von Bauleistungen“ und Barbara Stolterfoht, Staatsministerin a. D., erläuterte die Frage: „Ist der Dritte Sektor anfällig für Korruption? Überlegungen zu Transparenz und Integrität“. Das letzte Regionalgruppentreffen im vergangenen Jahr wurde durch einen Beitrag von Marianne Heuwagen, Direktorin a. D. des Deutschland-Büros von Human Rights Watch, mit einem Vortrag über „Korruption und Menschenrechte – Auswirkungen von Korruption auf die Lage von Menschenrechten“ bereichert.

Anfang September konnten wir einen Erfahrungsaustausch mit Myriam Savy anberaumen. Frau Savy arbeitet bei Transparency Frankreich, wo sie unter anderem für die Bereiche Kommunikation, Lobbyismus und für Interessenkonflikte in Politik und öffentlichem Sektor verantwortlich ist. Sie berichtete über die Arbeitsweise und Schwerpunktthemen des französischen Chapters. Von unserer Seite kamen Beiträge von Shirley van Buiren, Leiterin der Arbeitsgruppe „Corporate Accountability“, und von Frank Janotta-Simons, aktiv in der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Jedes dieser Regionaltreffen regte zu intensiver Diskussion an, wobei jeweils die erstaunlich umfangreiche Fachkenntnis unserer Mitglieder deutlich geworden ist.

Im Juni fand ein Workshop für Antikorruptionsbeauftragte und interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen in der Region Berlin-Brandenburg statt. Insbesondere kleinere Kommunen hatten Interessierte entsandt. Da es noch nicht überall eine Antikorruptionsstelle gibt, ist hier noch viel zu tun.

Im September wurde das jährliche Einführungsseminar für (Neu-)Mitglieder und Interessierte erstmalig zusammen mit der Regionalgruppe Sachsen sowie der Regionalgruppe Thüringen/Sachsen-Anhalt durchgeführt. Aus Gründen der zentralen Erreichbarkeit hatten wir uns als Veranstaltungsort Lutherstadt Wittenberg ausgesucht. Als Vertreter des Vorstandes war Prof. Dr. Jürgen Marten für einen Nachmittag dazugekommen.

Mit einer Pressemitteilung haben die Regionalgruppenleitung und Dieter Hüsgen aus Berlin, Leiter der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit, das Volksbegehren des Berliner Wasserischen unterstützt. Dabei geht es um die Offenlegung der Verträge über Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Nach Auffassung von Transparency Deutschland überwiegt das Informationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger das Schutzbedürfnis des Geschäftsgeheimnisses.

Unsere Regionalgruppe ist im vergangenen Jahr, soweit es möglich war, aktiv gewesen, was wir in diesem Jahr weiterführen wollen. Ich bin zuversichtlich, dass sich – je nach Zeit, Aktion und Vorhaben - wiederum viele von Ihnen aktiv beteiligen werden.

Dr. Astrid Wokalek

Bremen

Die Regionalgruppe Bremen traf sich 2010 zu vier Sitzungen, an denen sich jeweils zwischen fünf und zehn Mitglieder beteiligten. Insgesamt bestand die Gruppe 2010 aus etwa 22 Mitgliedern.

Am 18. Oktober 2010 trafen sich Mitglieder der Gruppe mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Nach Rücksprache mit der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit formulierten wir gemeinsam mit der Humanistischen Union und Mehr Demokratie e.V. eine Stellungnahme zur Novellierung des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes.

Vor dem Hintergrund der in Deutschland bisher nicht erfolgten Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) befragte die Gruppe Bremer Bundestagsabgeordnete zu deren Bereitschaft, zur Ratifizierung beizutragen.

Die Regionalgruppe kam am 22. März 2010 vor dem Hintergrund des Bremer Integritätspaktes zu einem öffentlichen Treffen zusammen, an dem unter anderem Prof. Dr. Jürgen Gotthold, Monitor des Integritätspakts Bremen, Dr. Kirsten Schubert, Leiterin der Regionalgruppe Bremen, und Dr. Achim Larisch, ein Gruppenmitglied, teilnahmen. Am 2. November 2010 folgte ein internes Gespräch mit Prof. Dr. Gotthold, Prof. Dr. Rainer Dombois und Dr. Christa Dürr.

Außerdem veranstaltete die Gruppe ein mit sieben Teilnehmenden gut besuchtes Neumitgliederseminar am 5. Juni 2010. Zwei der Teilnehmenden konnten als feste Mitglieder gewonnen werden.

Im vergangenen Jahr gründete sich darüber hinaus die Bremer Bildungsgruppe zu Korruption, die aus fünf Personen von Bremer Gymnasien, Berufs- und Gesamtschulen besteht. Bislang fanden zwei Treffen statt.

Anlässlich des Internationalen Antikorruptionstags am 9. Dezember 2010 organisierte die Gruppe im Bremer Haus der Wissenschaft eine Veranstaltung zum Thema „Bremer Aktivitäten gegen Korruption, die von Dr. Kirsten Schubert in Vertretung für Transparency Deutschland-Vorstandsmitglied Dr. Hedda von Wedel gehalten wurde. Staatsrat Dr. Schulte-Sasse und Dr. Larisch von der Regionalgruppe Bremen waren vertreten.

Bremer Gymnasiastinnen führten in diesem Rahmen einen Sketch zum Thema „Schweinegrippe“ auf und Prof. Dr. Dombois referierte über die UN-Konvention gegen Korruption.

Außerdem pflegte die Gruppe den Kontakt zur Presse: Prof. Dr. Dombois und Dr. Schubert wurden jeweils von der taz interviewt, Prof. Dr. Dombois trat in einem Gespräch mit CenterTV auf. Die Gruppe hielt außerdem am 13. Oktober und 14.

Dezember 2010 Vorträge vor chinesischen Verwaltungsbeamten in der Hochschule Bremen.

Dr. Kirsten Schubert

Prof. Dr. Rainer Dombois

Frankfurt-Rhein-Main

Am 28. Januar 2010 traf sich die Regionalgruppe zur Jahresauftaktveranstaltung, auf der die Jahresplanung für 2010 diskutiert und verabschiedet wurde. Zusätzlich berichtete Christoph Kulenkampf, ehemaliger Generalstaatsanwalt von Hessen und Mitglied von Transparency Deutschland, über seinen hochinteressanten Einsatz in Albanien im Auftrag des Auswärtigen Amts zur Prävention von Korruption innerhalb der albanischen Justiz.

Am 25. März 2010 besuchte die Regionalgruppe die Geschäftsräume von Allianz Global Investors in Frankfurt. Jens Willershausen, Chief Compliance Officer von Allianz Global Investors Deutschland, referierte über die Compliance-Strukturen, Herausforderungen und Lösungen des global operierenden Vermögensmanagers.

Jermyn Brooks, Mitglied von Transparency International und viel im Auftrag des internationalen Sekretariats von Transparency International unterwegs, der im Übrigen für seine Verdienste im vergangenen Jahr mit dem Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet wurde, referierte am 15. Juni 2010 über die verschiedenen Programme von Transparency International zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption in der Privatwirtschaft in Deutschland und im Ausland. Die Antikorruptionsprogramme von Transparency International bezogen auf die private Wirtschaft wurden in den letzten zehn Jahren auf globaler Ebene durch das Private Sector Team entwickelt. Sie basieren auf den mit der Wirtschaft sowie mit zivilrechtlichen Akteuren entwickelten Grundsätzen gegen Bestechung und Korruption, die in viele Sprachen übersetzt und durch viele Hilfen ergänzt worden sind: Implementierungsrichtlinien, Selbstevaluierungschecklisten sowie Berichterstattungserfordernisse. Aktuell wird mit den Prüfungsgesellschaften im Hinblick auf standardisierte Vorgehensweisen bei der Prüfung von Antikorruptionssystemen auf Unternehmensebene gearbeitet. Gleichzeitig wird der Druck auf die Wirtschaft durch die Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Weltbank, Exportversicherungsagenturen und verantwortlich denkenden Investoren erhöht. Ziel dieser Bemühungen ist die Einhaltung von ethisch orientiertem Verhalten von Unternehmen in allen Ländern, in denen sie tätig sind. Am 19. Juni 2010 nutzten zahlreiche Mitglieder der Regionalgruppe die Möglichkeit an der Jahreshauptversammlung von Transparency Deutschland in Berlin teilzunehmen.

Der traditionelle Sommerstammtisch der Regionalgruppe fand am 12. August 2010 in gemütlicher Atmosphäre statt. Der Sommerstammtisch dient vor allem dem besseren Kennenlernen unter den Mitgliedern und einem ungezwungenen Gedankenaustausch.

Beim Treffen am 2. November 2010 berichtete Dr. Johann Kubica, Mitglied von Transparency Deutschland, über Eindrücke aus seinen Aufenthalten in sieben Westbalkanstaaten zwischen April und Juni 2010. Dabei handelte es sich um polizeiliche Unterstützungsprojekte unter Federführung des österreichischen Innenministeriums, finanziert von der EU, in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Ziel des Projekts ist die Verbesserung der (Zusammen-)Arbeit bei der Strafverfolgung. Zu den Projektinhalten gehört auch die Korruptionsbekämpfung.

Unsere Referentinnen und Referenten versuchen wir aus der Region Frankfurt Rhein-Main zu gewinnen. Oft handelt es sich um Mitglieder von Transparency Deutschland, die besondere Aufgaben, beispielsweise im Balkan übernommen haben, um dort durch Beratung, unter anderem von Polizei und der Justiz, Veränderungen im Hinblick auf die Prinzipien von Transparency Deutschland zu erreichen.

Die Firmen, die wir besuchen, arbeiten bereits nach diesen Prinzipien, was wir von den korporativen Mitgliedern, welche auch darunter sind, nicht anders erwarten, so unterschiedlich die Vorgehensweisen je nach Betrieb auch sind.

*Adelheid D. Tröscher
Oliver Schlümer*

Hamburg/Schleswig-Holstein

Die Regionalgruppe traf sich am 1. Februar 2010 in der Hamburger Handelskammer. Ungefähr zehn Teilnehmende erfuhren Näheres über die Aktivitäten der Handelskammer zu Wirtschaftskriminalität und Korruption. Dies war der Auftakt zu einer intensiven Zusammenarbeit mit dem Ziel, mehr Korruptionsprävention in der Hamburger Wirtschaft zu erreichen.

Am 3. März 2010 fand in der Handelskammer ein Expertengespräch zum Thema Integritätspakt statt, bei dem Dr. Michael Wiehen den etwa zwanzig Teilnehmenden aus Behörden und Wirtschaft die Rolle und die Vorteile des Paktes erläuterte.

Im Juni 2010 wurde der Leiter der Regionalgruppe in den Ehrenrat „Sponsoring der Umwelthauptstadt Hamburg“ berufen und nahm an mehreren Sitzungen teil.

Am 15. Juni 2011 fand das zweite Expertengespräch in der Handelskammer über Hinweisgebersysteme in der Praxis statt. Dr. Peter Hammacher, Leiter der Arbeitsgruppe Hinweisgeber, erläuterte, warum Transparency International im Kampf gegen die weltweite Korruption auf Hinweisgebersysteme bei Behörden und Wirtschaft setzt. Anschließend referierten Wolfgang Pistol, ehrenamtlicher Antikorruptionsbeauftragter von Schleswig-Holstein, Joachim Schwanke, Leiter des Dezernats Interne Ermittlungen Hamburg, Nikolaus von der Decken, Vorsitzender von Pro Honore e.V. und Georg Kraft-Wölfel, der Leiter der Revision Vattenfall Europe AG. Anwesend waren mit 26 Personen unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der Finanzbehörde, der Staatsanwaltschaft, des Dezernats Interne Ermittlungen, der Handelskammer und der Handwerkskammer. In der Diskussion steuerten mehrere Unternehmensvertreterinnen und -vertreter ihre Erfahrungen bei der Bekämpfung der Korruption mit Hilfe von Hinweisgebern bei.

Am 30. September 2010 folgte eine Sitzung der Regionalgruppe in den Büroräumen eines Mitglieds, bei der Wolf Brüntrop, Dezernat Interne Ermittlungen (DIE), vor etwa zehn Teilnehmenden zu aktuellen Fragen referierte. Die Diskussion bestimmte das Verhalten des Hannoveraner Mittelständlers Eginhard Vietz, der in einem Interview mit dem Handelsblatt den Kampf gegen Auslandsbestechung als „reine Heuchelei“ bezeichnet und gestanden hatte, selbst Schmiergeldzahlungen geleistet zu haben. Am 9. November 2010 tagte die Regionalgruppe im Hause Gruner+Jahr. Anke Kettler, Firma Kleinfeld, stellte die neue Norm ISO 26000 vor. Die rund zehn Teilnehmenden diskutierten Chancen und Anwendungen zur Umsetzung. Das vorgesehene Thema der Arbeitsgruppe Transparenz in den Medien wurde kurzfristig von der Tagesordnung gestrichen.

Am 9. Dezember 2010, dem Internationalen Antikorruptionstag, hat die Regionalgruppe zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Behörde für Inneres und Sport, vertreten durch das DIE, der Handelskammer Hamburg und Pro Honore e.V. eingeladen. Die Veranstaltung mit dem Titel „Hamburger Unternehmen korruptionsfrei“ fand bei etwa hundert Gästen, vorwiegend aus der Hamburger Wirtschaft, guten Anklang. Nach dem ausführlichen Grußwort des Hamburger Innensensors, Heino Vahldieck, über die Anstrengungen der Stadt gegen Korruption, folgten Kurzreferate von Oberstaatsanwältin Cornelia Gädigk, von Joachim Schwanke, Leiter des DIE, Dr. Matthias Braasch, Universität Gießen, Georg Kraft-Wölfel von Vattenfall, Klaus Kunze von Daimler, und Gerd Leilich, dem Regionalgruppenleiter Hamburg/Schleswig-Holstein, für Transparency Deutschland. Die Veranstaltung soll in ähnlicher Form im kommenden Jahr wiederholt werden.

Im Dezember 2010 initiierte die Regionalgruppe eine Briefaktion an den Senator für Inneres, Heino Vahldieck, und die Bürgerschaftsausschüsse für Recht und Inneres, in der auf die Bedeutung der Verschärfung der Gesetze gegen Abgeordnetenbestechung hingewiesen und eine Bundesratsinitiative von Hamburg gefordert wurde.

Gerd Leilich

München

Bei der Regionalgruppenleitung gab es Mitte 2010 folgende Veränderung: Constanze Berendts ist aus der Regionalgruppenleitung ausgeschieden, um fortan auf Vorstandsebene von Transparency Deutschland tätig zu sein. Dr. Sabine Stetter führt die Regionalgruppe seitdem alleine weiter.

Die Regionalgruppe München traf sich 2010 rund alle zwei Monate zu Arbeitstreffen oder Vortragsabenden. Es nahmen jeweils zehn bis zwanzig Mitglieder aus der Region sowie interessierte Gäste teil. Neben Berichten über das Vereinsleben, insbesondere über aktuelle Entwicklungen auf Vorstandsebene und internationale Themen von Transparency Deutschland, ergaben sich besonders interessante Abende mit Caspar von Hauenschild, kommissarischer Leiter der Arbeitsgruppe Finanzmarkt, zum Thema „Financial Security Index“. Dr. Michael Wiehen stellte den Integritätspakt vor und berichtete über die Erfahrungen, die damit auf internationaler und nationaler Ebene gemacht wurden. Heike Mayer initiierte und moderierte als Leiterin der Arbeitsgruppe Informationsfreiheit mit Zuständigkeit für die südlichen Bundesländer eine Diskussion zum Thema Informationsfreiheit in Bayern. Wie üblich gab es auch in diesem Jahr einen Abend, an dem aktuelle juristische Entwicklungen beleuchtet wurden, in diesem Fall die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum „Compliance-Officer“.

Im Zentrum der Arbeit der Regionalgruppe stand die Aktion „Transparenzfragebogen für Kommunen“, die sich an der entsprechenden Aktion der Regionalgruppe Sachsen orientierte. Zur Durchführung dieser Aktion wurde eine Arbeitsgruppe „Transparenzfragebogen“ gegründet, in der sich besonders Constanze Berendts, Nils Bebbler und Volker Everts einbrachten. Der Bedeutung dieses Themas für die Regionalgruppe entsprechend, befassten sich zwei Regionalgruppentreffen damit. Zum einen wurde der Stand der Aktion gleich am Anfang des Jahres 2010 dargelegt und das weitere Vorgehen besprochen. Zum anderen widmete sich ein Treffen in der zweiten Jahreshälfte dem allgemeinen Thema „Transparenz in bayerischen Kommunen“. Die Ergebnisse der Aktion liegen noch nicht vor.

Darüber hinaus hat Henning Erbe der chinesischen Delegation „Tianjin Supervision“ die Arbeit von Transparency Deutschland vorgestellt und erläutert, welche Methoden angewandt werden können, um Korruption in der öffentlichen Verwaltung aufzudecken und zu bekämpfen. Florian Kraus hat Transparency Deutschland auf einer Fachtagung der Fachhochschule der Bayerischen Polizei zum Thema Korruption vertreten und vor jeweils rund zweihundert Teilnehmenden Vorträge gehalten. Erika Lorenz-Löblein hat dafür gesorgt, dass die Regionalgruppe auch dieses Jahr auf dem Festival Winter Tollwood vertreten war und zwar idealer Weise am Internationalen Antikorruptionstag.

Ausklingen ließen die Mitglieder und Interessierten der Regionalgruppe München das Jahr 2010 durch ein stimmungsvolles Adventstreffen, bei dem das weitere gegenseitige Kennenlernen im Vordergrund stand.

Allen Mitgliedern, die die Arbeit der Regionalgruppe auch in diesem Jahr tatkräftig und engagiert unterstützt haben, sei ganz herzlich gedankt.

Dr. Sabine Stetter

Niedersachsen

Die Arbeit in Niedersachsen war im Berichtszeitraum von vier Themenfeldern beherrscht:

- Niedersachsen ist eines der letzten Bundesländer, das noch über kein Informationsfreiheitsgesetz (IFG) verfügt. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition verweigert sich auch in der laufenden Legislaturperiode den guten Erfahrungen aus anderen Bundesländern und bleibt überholten Gegenargumenten verhaftet. Bündnis 90/Die Grünen hatte eine Gesetzesinitiative gestartet, die allerdings ergebnislos verlief. Die Regionalgruppe Niedersachsen hatte jedoch bei der Expertenanhörung im Niedersächsischen Landtag die Gelegenheit, ihre Position zu verdeutlichen und sich bei den politischen Akteuren bekannt zu machen. Hier gilt es nun abzuwägen, welche weiteren Initiativen in dieser Legislaturperiode noch Erfolg versprechend sind.
- Die Zusammenarbeit mit Universitäten wurde verstärkt: Wir übernahmen Vorträge und die Mitgestaltung von Seminaren an dem European Center of Excellence der Universität Hannover im Rahmen des Kolloquiums Lobbyismus und Korruption in Europa, sowie eines interkulturellen Seminars und Vorträge an der Universität Gießen im Rahmen von Transition in Practice, angesiedelt im Zentrum für Internationale Entwicklungs- und Umweltforschung sowie in

Frankfurt/Main beim Ortsverband SPD-Hofheim. Ferner gab es eine Kontaktaufnahme mit STUBE Niedersachsen (Studienbegleitprogramm für Ausländische Studierende an Niedersächsischen Hochschulen).

- Der Neubau des Klinikums der Region Hannover ist das erste Bauprojekt in Niedersachsen, in dessen Rahmen ein Integritätspakt geschlossen wurde. Die Regionalgruppe Niedersachsen richtete mit den Bauherren und dem Monitor eine Informationsveranstaltung aus, auf der sich andere Kommunen über das Instrument des Integritätspaktes informieren konnten. So zeigte sich ein Vertreter der Universität Göttingen sehr interessiert am Integritätspakt für ein geplantes Universitätsklinikum. Es wurde eine Kontaktaufnahme vereinbart.
- In einer ersten Welle der Kontaktaufnahme zu den kommunalen Stellen der Korruptionsprävention wurde deutlich, dass gerade in den kleineren Kommunen zwar teils engagiert Menschen arbeiten, sie aber ohne größere zeitliche oder personelle Ressourcen ausgestattet sind. Der Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung untereinander und einem gewissen organisatorischen Zusammenhalt wurde dabei sehr deutlich. Dieser Aspekt wird die Regionalgruppe auch in den nächsten Jahren begleiten.

Langsam beginnt auch mit den Medien eine stärkere Zusammenarbeit. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung berichtete über den Integritätspakt und nahm auch an der Informationsveranstaltung teil. Das Magazin Regjo gab der Regionalgruppe neben drei anderen Institutionen die Gelegenheit, eine kurze Stellungnahme zum Stand des IFG abzugeben. Hier ist eine weitere Zusammenarbeit geplant.

Dennis Schwarz

Ostwestfalen-Lippe

Im Jahr 2010 hat die Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe eine gemeinsame Vortragsveranstaltung mit dem Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Bielefeld organisiert. Auf dieser referierte Transparency-Mitglied Dr. Matthias Braasch, Lehrstuhl für Kriminologie an der Universität Gießen, über die aktuelle Entwicklung der Korruption in Deutschland anhand umfangreicher persönlich erhobener und öffentlich zugänglicher Daten.

Weiterhin hat Dr. Harald Schlüter, Leiter der Regionalgruppe, als Vertreter derselben in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen einen Vortrag zum Thema „Corporate Compliance Korruptionsprävention in Unternehmen“ vor den Wirtschaftsunioren gehalten. Beide Veranstaltungen waren gut besucht und führten zu intensiven Gesprächen mit den Zuhörenden.

Für 2011 ist bereits eine gemeinsame Veranstaltung mit der FHM Fachhochschule des Mittelstandes Bielefeld in Planung.

Dr. Harald Schlüter

Rheinland

Die Regionalgruppe Rheinland hat im März und August Treffen in Köln und im Januar und Dezember Sitzungen der Arbeitsgruppe Vergabe in Düsseldorf durchgeführt, beziehungsweise organisiert. Einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit hat das Korruptionsbekämpfungsgesetz Nordrhein-Westfalen (NRW) ausgemacht, das ursprünglich bis 31. Dezember 2010 befristet war. Nachdem zunächst nicht sicher war, ob es zu einer Verlängerung kommen würde, gilt das Gesetz nunmehr bis zum 31. Dezember 2012. In diesem Zusammenhang wurde eine Stellungnahme zum Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW erarbeitet und dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Inneres und Kommunen zugeleitet. Die Regionalgruppe bringt sich gegenwärtig weiter aktiv in den Prozess der Gesetzesnovellierung ein und versucht, auf Verbesserungen hinzuwirken. Das Thema bleibt daher auch 2011 auf der Tagesordnung.

Am 4. März wurden im Sozialinstitut Kommende Dortmund des Erzbistums Paderborn und am 11. Mai bei der Industrie- und Handelskammer Koblenz jeweils Vorträge zum Thema „Stärkung des Wettbewerbs durch verschärfte Korruptionsbekämpfung“ und am 11. März in der Fortbildungsakademie der Finanzverwaltung des Landes NRW (FortAFin) vor Finanzrevisoren der Landesverwaltungen zum Thema „Der strafrechtliche Korruptionsbegriff – Korruptionsindikatoren erkennen und richtig damit umgehen“ gehalten.

In der ersten Hälfte 2010 hat die Gruppe Dr. Michael Wiehen aufgrund der vorhandenen Expertise im Vergaberecht beratend bei den Verhandlungen zu Integritätspakten unterstützt. Anfang März 2010 hat sich die Regionalgruppe aktiv in das jährliche Führungskreistreffen in Eisenach eingebracht. Im März/April 2010 lag der Schwerpunkt der Aktivitäten bei der Prüfung und Bewertung der Vorgänge in der Stadt Hilden, einem korporativen Mitglied von Transparency Deutschland. Im Zusammenhang mit der Vergabe von Bauaufträgen an die Infrastrukturgesellschaft Hilden (IGH) wurden unter anderem Korruptionsvorwürfe laut, die Gegenstand der regionalen und überregionalen Presseberichterstattung waren. Für Transparency Deutschland hat die Regionalgruppe die Aus- und Bewertung des in diesem Zusammenhang erstellten Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes Hilden vorgenommen. Zudem wurde ein Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt vor Ort geführt.

Am 26. Juni hat die Gruppe zusammen mit der Regionalgruppe Ruhrgebiet ein Einführungsseminar für über zwanzig Neumitglieder und Interessierte in Mülheim an der Ruhr organisiert und durchgeführt.

Zum Diskussionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in Sachen Rechtsschutz im Unterschwellenbereich (Vergaberecht) hat die Regionalgruppe im August/September 2010 federführend eine umfangreiche Stellungnahme für Transparency Deutschland entworfen, die in den dortigen Meinungsbildungsprozess eingebracht worden ist.

Am 2. Oktober 2010 war die Gruppe anlässlich des Tages der Polizei in Aachen gemeinsam mit dem Landeskriminalamt NRW mit einem Stand vertreten. Anlässlich der Diskussionsveranstaltung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zum Internationalen Antikorruptionstag am 9. Dezember 2010 waren Gruppenmitglieder ebenfalls mit einem Informationsstand vor Ort.

Zur Scheinwerfer-Ausgabe 49 „Kommunen und Vergabe“ hat die Gruppe einen Artikel mit dem Titel „Konzern- und Joint-Venture-Privileg der Sektorenauftraggeber – Segen oder Fluch?“ beigetragen, der auf www.transparency.de in ungekürzter Fassung eingestellt ist.

Während des Jahres 2010 wurden zahlreiche Gespräche mit Interessierten geführt, bei denen es teils um eine Mitgliedschaft ging, teils um konkrete Sachverhalte mit möglicherweise korruptivem Hintergrund. Die Gruppe hat in letztgenannten Fällen vor allem als Ansprechpartner fungiert und den Gedankenaustausch in Sachen Korruptionsprävention gefördert. Intensiv unterhalten wurde im Übrigen das sehr gute Verhältnis zum Landeskriminalamt NRW, dort insbesondere zum Ansprechpartner Erster Kriminalhauptkommissar Herrn Meuter.

Andreas Riegel

Ruhrgebiet

Gemeinsam mit der Regionalgruppe Rheinland führte die Regionalgruppe Ruhrgebiet im Juni 2010 ein Einführungsseminar in Mülheim/Ruhr durch. Es waren sowohl Interessierte aus dem Rheinland als auch aus dem Ruhrgebiet vertreten, die sich äußerst engagiert und interessiert an der Arbeit von Transparency Deutschland zeigten. Mit vier Vorträgen zu den Themen „Historie, Struktur, Personen – Ein-Blick in Transparency International“, „Aktuelle Herausforderungen für die Arbeit von Transparency International“, „Was ist Korruption und welche Präventionsinstrumente gibt es?“ sowie „Arbeitsweise von Transparency International und Möglichkeiten der Mitarbeit“ deckten die Referierenden ein breites Themenspektrum ab und ließen so beim Publikum kein Informationsbedürfnis unbefriedigt. Die lebhafteste Diskussion sowie viele ergänzende und vertiefende Nachfragen zeigten, dass die Veranstaltung die Erwartungen der Teilnehmenden traf. Und dies, obwohl es sich – erfahrungsgemäß nicht untypisch für Transparency Deutschland – um eine Gruppe mit vielfältigem Hintergrund handelte: Der öffentliche Dienst war ebenso vertreten wie die Privatwirtschaft, sonstige Interessierte sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler.

Wie bereits 2010 in Dortmund, führte die Regionalgruppe Ruhrgebiet unter der Leitung von Dr. Jan Tibor Lelley gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Duisburg eine Veranstaltung mit dem Titel „Anti-Korruption ist Chefsache“ durch. Mit etwa sechzig Teilnehmenden war die Veranstaltung am 1. Dezember 2010 ein großer Erfolg. Nach der Vorstellung der Regionalgruppe Ruhrgebiet durch Dr. Lelley referierten unser stellvertretender Vorsitzender, Dr. Peter von Blomberg, zum Thema „Korruptionsbekämpfung – Verantwortung und Chance für die Mittelständische Wirtschaft“ sowie Rechtsanwalt Olaf Strehl zu rechtlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Korruption. Ein Highlight war, wie auch schon im Vorjahr bei der IHK zu Dortmund, der Vortrag von Oberstaatsanwalt Wolf Tillmann Baumert zu Ermittlungsverfahren in Korruptionssachverhalten. Das Publikum lauschte gespannt den Ausführungen dieses erfahrenen Korruptionsermittlers, dessen Name auch aus der Presse nicht unbekannt ist.

Nachdem jetzt schon die zweite Veranstaltung dieser Art in Folge so erfolgreich war, plant die Regionalgruppe eine Fortsetzung auch im Jahr 2011. Am besten, wie in Dortmund und Wuppertal, wieder um den 9. Dezember herum – dem Internationalen Antikorruptionstag. Ein weiterer Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Durchführung einer Befragung der in der Region ansässigen Mitglieder von Transparency Deutschland, um diese verstärkt in die Arbeit der Regionalgruppe einzubinden und die Aktivitäten der Regionalgruppe zielgruppenorientierter zu gestalten.

Dr. Jan Tibor Lelley, LL.M.

Sachsen

Im vergangenen Jahr hat die Regionalgruppe Sachsen zwei weitere Workshops mit den Antikorruptionsbeauftragten und -koordinatoren der großen sächsischen Kommunen und Halle/Saale durchgeführt. Auf der Veranstaltung im Juni 2010 referierte Herr Lindner vom Landeskriminalamt Niedersachsen zum Thema „Schwachstellenanalyse“.

Auf der Veranstaltung am 17. Oktober 2010 hielt die stellvertretende Leiterin der Regionalgruppe Sachsen, Frau Rechtsanwältin Susanne Sünkel, ein Referat zum Thema „Annahme von Geschenken, auch in Abgrenzung zum Sponsoring“. Beide Veranstaltungen fanden in Halle/Saale statt. Bei der letzten Veranstaltung nahmen zum ersten Mal auch zwei Vertreter der Stadt Potsdam teil, die seit 2010 korporatives kommunales Mitglied bei Transparency Deutschland ist.

Im Juni 2010 fand darüber hinaus eine Anhörung im Sächsischen Landtag zu einem Gesetzesvorschlag der Fraktion Die Linke statt. Gegenstand war insbesondere eine Verschärfung des Ministergesetzes, um die Anfang des Jahres bekannt gewordene Praxis der Vermietung von Sprechzeiten von Politikern auf Parteiveranstaltungen und Ähnlichem, wie in Nordrhein-Westfalen und Sachsen aufgetreten, einzugrenzen. Die Regionalgruppe Sachsen wurde als eine von vier Sachverständigen zu dieser Anhörung geladen. Der Gesetzesvorschlag der Partei Die Linke wurde zwar als nicht praktikabel angesehen, jedoch bestand unter den Sachverständigen weitgehend Einigkeit darüber, dass Treffen und Gespräche mit Ministerpräsidenten nicht Gegenstand einer Vermarktung sein können und dürfen.

Am 18. November 2010 hat der Stadtrat von Leipzig die Stellung eines Aufnahmeantrags zur Mitgliedschaft bei Transparency Deutschland beschlossen. Bei dieser Gelegenheit wurde unter anderem ein Ehrenkodex für die Stadträte verabschiedet, der gegenüber dem abgestimmten Vorentwurf von den Parteien noch einmal deutlich verschärft wurde. Leipzig ist somit mittels eines Vorstandsbeschlusses zum 1. Januar 2011 korporatives kommunales Mitglied geworden.

Daneben wurden während des vergangenen Jahres zwei Regionalgruppensitzungen durchgeführt.

Lothar Hermes

Thüringen/Sachsen-Anhalt

Im Wesentlichen wurden im letzten Jahr Kontakte für Veranstaltungen des Jahres 2011 angebahnt. Daneben wurde eine Diplomarbeit am Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre/Organisation, Führung und Human Resource Management an der Friedrich-Schiller-Universität Jena in Zusammenarbeit mit Dipl.-Kauffrau Frau Raluca Kerekes, MSc, (Volkswirtschaftslehre) beratend begleitet. Der Titel der Arbeit lautete „Reputation mit begrenzten Ressourcen!? - Der Fall von Transparency International Deutschland“.

Gleichzeitig wurden im letzten Jahr Kontakte zur Willy Brandt School of Public Policy in Erfurt, zum Stadtrat in Gotha und zum thüringischen Wirtschaftsministerium entwickelt. Darüber hinaus bestand Kontakt zur Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt, insbesondere zum Fachschaftratsrat, zum Studentenrat und zum Alumniverein, sowie zu Severin Schmidt, Mitglied von Transparency Deutschland und hauptberuflich Referent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Erfurt. Dabei wurde über potentielle Themen für Veranstaltungen, Vorträge und Podiumsdiskussionen nachgedacht, zum Beispiel zu den Themen Korruption und Lobbyismus im Sport.

Sebastian Händschke



BERICHT DES BEIRATS

Am 30. September 2011 endet laut Satzung die Amtszeit der Mitglieder des Beirats, die vor sechs Jahren eine damals neue Konzeption des Beirats verkörperten. Statt wie zuvor Prominenz aus allen Lebensbereichen, wurden nur Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft in den neuen Beirat eingeladen. Das geschah zu einer Zeit, als sich Transparency International und die Öffentlichkeit sehr stark auf die beiden an Korruption Hauptbeteiligten konzentrierten, Staat und Wirtschaft. Der neue Fokus des Beirats sollte Transparency Deutschland dabei unterstützen, eine breit verstandene Zivilgesellschaft umfassender als zuvor als Teil der Lösung und in Teilbereichen zunehmend auch als Teil des Problems in den Blick zu fassen.

Der Beirat konnte Transparency Deutschland unterstützen, dies in den letzten Jahren umzusetzen. Inzwischen gibt es vier Arbeitsgruppen zu Bereichen der Zivilgesellschaft (Gemeinnütziger Sektor, Medien, Politische Bildung und Sport) und mit der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“ wurde ein Angebot entwickelt, für das auch in der letzten Sitzung des Beirats erneut um Unterstützung bei der Verbreitung geworben wurde.

Der Vorstand hat die Fokussierung des Beirats auf die Zivilgesellschaft diskutiert und bestätigt, bevor er sich in mehreren Schüben für neue Mitglieder des Beirats entschieden hat. Auf der nächsten Jahressitzung des Beirats im September werden ausscheidende und neue Mitglieder Erfahrungen und Erwartungen austauschen. Es wird sich dabei sicher auch gefragt werden, ob Transparency Deutschland die Kompetenz und Prominenz des Beirats in einem ebenso wünschenswerten wie

akzeptablen Umfang genutzt hat. Vorbildlich für eine fruchtbare Zusammenarbeit ist, dass zwei von drei Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands aus dem Beirat kommen, Dr. Hedda von Wedel und Prof. Dr. Edda Müller, und dass Marianne Birthler in einem Referat zur letzten Mitgliederversammlung unterstreichen konnte, dass für eine nachhaltige Bekämpfung der Korruption auch Zivilcourage in der Bevölkerung nötig ist.

In den jährlichen Sitzungen des Beirats gibt er aus der dort vertretenen Breite der Zivilgesellschaft heraus Rückmeldungen zu Arbeit und zum Ruf von Transparency Deutschland. Der Beirat setzt auch immer wieder neue Akzente oder reagiert auf neue Trends. Zur 2015 Strategy der internationalen Bewegung von Transparency International mahnte der Beirat, bei aller Offenheit für neue Chancen und Entwicklungen nicht den Fokus zu verlieren. Im Vordergrund der facettenreichen Diskussion über die Situation in Deutschland stand die Unterwanderung staatlicher Strukturen und Entscheidungsprozesse durch Wirtschaftsinteressen und eine aus dem Ruder gelaufene Lobby. Das geht die organisierte Zivilgesellschaft direkt an, denn durch eine wachsende Abwertung des Staates wird er als Partner der Zivilgesellschaft geschwächt. Nicht nur im Kampf gegen Korruption lässt sich nachweisen, dass für nachhaltige Wirkung ein leistungsfähiger Staat gebraucht wird und in Deutschland überwiegend auch vorhanden ist.

Prof. Dr. Hansjörg Elshorst



DR. ALEXANDER
KÖPPEN
FÖRDERER AUS BERLIN
UNTERNEHMER

„Korruption höhlt unsere Gesellschaft aus und muss als system-immanentes Phänomen gezielt bekämpft werden. Die Schaffung von Transparenz stellt dabei das wirksamste Gegengewicht dar. Deshalb unterstütze ich Transparency.“

	2010	2009
Pressemitteilungen	23	38
Pressekonferenzen	6	2
Erwähnung von Transparency in der Presse und den Medien	1.417	1.130
Newsletter-Abonnenten	3.163	2.190
Besuche der Website (monatlich)	134.509	99.329
Twitter-Follower	855	105
Veranstaltungen mit Transparency-Referenten	109	131

MEDIEN- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Mitgliederzeitschrift „Scheinwerfer“

Die Arbeit am Scheinwerfer, der Mitgliederzeitschrift von Transparency Deutschland, war auch in diesem Jahr von Kontinuität geprägt. Das Redaktionsteam hat in bewährter Zusammensetzung seine Arbeit fortgesetzt und wie geplant konnten vier Ausgaben, im Februar, April, Juli und November, erscheinen. Die Auflage (Mitglieder, Abonnentinnen und Abonnenten) unseres Online-Mediums betrug am Ende dieses Jahres 1.894 gegenüber 1.474 im Jahr 2008. Sämtliche bislang erschienenen Ausgaben sind im Internet archiviert und kostenlos herunterladbar.

Mithilfe einer Rubrizierung versuchen wir die Beiträge vielfältig und übersichtlich zugleich zu gestalten: In den Nachrichten und Berichten wird in Kurzform „Neues aus aller Welt“ referiert, zum Thema Korruption beziehungsweise Korruptionsbekämpfung und -prävention auf den verschiedenen politischen (Bund und Länder, EU und international) wie sachlichen Ebenen (etwa Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Sport, Gesundheit). Unter dem Schlagwort Interna (künftig Über Transparency genannt) stellen wir beispielsweise korporative Mitglieder, Beirats-Mitglieder oder nationale Chapter vor und berichten über Veranstaltungen und Aktivitäten von Transparency Deutschland. Porträts oder Interviews interessanter Personen sowie Rezensionen einschlägiger Neuerscheinungen runden das Ganze ab.

Wie immer setzte jeder Scheinwerfer einen bestimmten thematischen Akzent. Diese Themen-Schwerpunkte bilden ausgewählte Handlungsfelder von Transparency Deutschland ab, von denen wir unseren Mitgliedern wie allen interessierten Leserinnen und Leser auf diese Weise ein Bild vermitteln möchten. Für die Entwicklung des jeweiligen inhaltlichen Konzepts und die Anwerbung kompetenter Autoren konnten wir auch in diesem Jahr wieder auf fachkundige Aktive setzen, die diese Aufgabe umsichtig und engagiert gemeistert haben.

Wer mit redaktioneller Tätigkeit vertraut ist, weiß, wie relativ leicht es ist, Zusagen für eine Mitarbeit zu erhalten, aber als wie schwierig es sich erweisen kann, die zugesagten Texte bei Redaktionsschluss dann auch tatsächlich auf dem Tisch liegen zu haben. Für uns Scheinwerfer-Redakteurinnen und Redakteure sind solche Probleme glücklicherweise ein Fremdwort: Unsere Schwerpunkt-Verantwortlichen wie auch ihre sämtlichen (annähernd dreißig) Autorinnen und Autoren haben ganze Arbeit geleistet, haben ausnahmslos zuverlässig und pünktlich geliefert und in optimaler Weise kooperiert. Und das alles unentgeltlich und ehrenamtlich – was sich durchaus nicht von selbst versteht. Wir vom Scheinwerfer-Team wissen es zu schätzen und nutzen die Gelegenheit, hier allen Beteiligten herzlichen Dank dafür zu sagen.

- Reinold E. Thiel hat den Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit betreut (Scheinwerfer Nr. 46) und mit seinen Autoren unter anderem dafür gesorgt, dass das zukunftsweisende Modell einer Kontrolle finanzieller Mittel durch die Zielgruppen („audit from below“) besser bekannt wird.
- Caspar von Hauenschild hat in dem von ihm konzipierten Schwerpunkt Finanzkrise (Nr. 47) gemeinsam mit seinen Autoren die aus Sicht von Transparency unerlässlichen Schritte einer Reform des Finanzmarktes dargelegt.
- Im Scheinwerfer Nr. 48 hat Karenina Schröder (Schwerpunkt Transparenz im Dritten Sektor) die von Transparency Deutschland ins Leben gerufene Initiative Transparente Zivilgesellschaft vorgestellt, mit der die unterzeichnenden Organisationen sich verpflichten offenzulegen, welche Ziele sie verfolgen, woher die finanziellen Mittel stammen, wie sie eingesetzt werden und wer darüber entscheidet.
- Mit dem Schwerpunkt Kommunen und Vergabe ist es Gabriele C. Klug (Nr. 49) gelungen, zwei in sich hochkomplexe Themenbereiche unter dem verbindenden Aspekt der Transparenz zusammen zu stellen und gleichzeitig breit zu fächern.

Die Redaktion wünscht sich, noch mehr darüber zu erfahren, ob und wie die Themen und die Art ihrer Aufbereitung bei den Leserinnen und Lesern ankommt, was gemacht oder verbessert werden könnte, welche Wünsche möglicherweise offen geblieben sind oder welche Ideen es für zukünftige Themenschwerpunkte gibt. Ein Dankeschön auch all denen, die sich die Mühe gemacht haben, uns eine solche Rückmeldung zu geben.

Dr. Heike Mayer





FINANZEN UND MITGLIEDER

EINNAHMEN

Die Einnahmen fallen mit 271.328 Euro geringer aus als im Vorjahr (489.715 Euro). Dies ist im Wesentlichen auf einen im Vorjahr einmalig erfolgten Eingang eines Bußgeldes in Höhe von 200.000 Euro zurückzuführen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Einnahmepositionen erläutert. Die Beträge der einzelnen Einnahmepositionen können der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden.

Mitgliedsbeiträge

Die Mitgliedsbeiträge von Einzelmitgliedern stiegen um 11 % auf 69.860 Euro (Vorjahr 62.830 Euro). Die Beiträge von korporativen Mitgliedern erhöhten sich um 5 % auf 107.400 Euro (Vorjahr 101.900 Euro).

Spenden

Die Spenden lagen im Jahr 2010 bei 34.295 Euro und sind damit um 28 % zurückgegangen (Vorjahr 47.484 Euro). Der deutliche Rückgang konnte durch die Steigerung der Mitgliedsbeiträge und Förderbeiträge mehr als kompensiert werden.

Förderbeiträge

Förderbeiträge, also regelmäßige Spenden, sind für die langfristige Planbarkeit besonders wichtig. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Förderbeiträge um 23 % auf 26.952 Euro stiegen (Vorjahr 21.895 Euro).

Geldauflagen

Die Zuweisungen von Geldauflagen von Gerichten und Staatsanwaltschaften lagen bei 8.750 Euro. Im Vorjahr konnten 238.625 Euro an Geldauflagen verzeichnet werden. Die größte Position machten dabei die von der Bundesstaatsanwaltschaft der Schweiz zugewiesenen 200.000 Euro aus.

Honorare

Die Einnahmen aus Honoraren sind im Jahr 2010 angestiegen. Der Betrag erhöhte sich auf 7.589 Euro (Vorjahr 6.254 Euro). Bei dieser Position handelt es sich um Honorare, die gezahlt worden sind, wenn Mitglieder von Transparency Deutschland auf Veranstaltungen oder Tagungen Vorträge gehalten haben. Allen ehrenamtlich arbeitenden Referentinnen und Referenten sei herzlich für ihr Engagement gedankt.

Zinserträge

Da das Zinsniveau stark gefallen ist, fällt diese Einnahmeposition mit 3.880 Euro geringer aus als im Vorjahr (5.779 Euro).

AUSGABEN

Die Ausgaben sind um 12 % auf 301.380 Euro gestiegen (Vorjahr 267.942 Euro).

Die größte Ausgabenposition ist der Personalaufwand, der sich um 13 % auf 177.318 Euro (Vorjahr 157.213 Euro) erhöht hat. Zum 01.01.2010 bzw. 01.03.2010 wurde die Personalkapazität um 20 Wochenstunden erhöht. Personalausgaben fallen in der Geschäftsstelle für den Geschäftsführer, drei Mitarbeitende, einen Netzwerkadministrator sowie zwei Praktikanten an. Die Mitglieder des Vorstands und des Beirats sowie die Leiter der Arbeits- und Regionalgruppen sind ehrenamtlich tätig und erhalten vom Verein keine Bezüge.

Die Reise- und Veranstaltungskosten stiegen auf 55.008 Euro (Vorjahr 46.829 Euro). Die meisten Kosten sind für das Führungskreistreffen in Eisenach, die Mitgliederversammlung in Berlin und die Vorstandssitzungen angefallen. Sie spiegeln auch das gestiegene Aktivitätsniveau im ehrenamtlichen Bereich wider.

Die Kosten für Bürobedarf, Kommunikation und Literatur sind zurück gegangen. Sie betragen 22.957 Euro (Vorjahr: 29.052 Euro). Der Rückgang ist vor allem auf den Posten Druck- und Layout zurückzuführen. Im Gegensatz zum Vorjahr wurde im Jahr 2010 mit Ausnahme des Jahresberichts keine neue Publikation herausgebracht. In der Position sonstige Aufwendungen sind die Positionen Nebenkosten des Geldverkehrs, Periodenfremde Aufwendungen, Forderungsverluste und Lohn- und Gehaltsberechnung enthalten.

RÜCKLAGEN

Zum 31. Dezember 2010 wurde die Betriebsmittlrücklage in Höhe von 65.000 Euro aufgelöst. Mit Vorstandsbeschluss vom 13. März 2011 wurde eine neue Betriebsmittlrücklage in Höhe von 75.000 Euro gebildet. Ebenfalls mit Vorstandsbeschluss vom 13. März 2011 wurde die freie Rücklage durch Zuführung von 26.019 Euro zum 31.12.2010 auf 153.874 erhöht.

ERGEBNIS

Nach Berücksichtigung von Zinsen und ähnlichen Erträgen entsteht ein Jahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -30.051 Euro (2009: 221.773 Euro). Nach Verrechnung der Rücklagen sowie der Zuwendung an die Transparency Deutschland Stiftung in Höhe von 22.500 Euro verbleibt ein Bilanzergebnis von 101.526 Euro (2009: 167.596 Euro).

PRÜFUNG

Transparency Deutschland lässt seine Vereinsfinanzen freiwillig prüfen. Die Prüfung erfolgte wie im Vorjahr durch Bernhard Hoffmann, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Berlin und wurde im Februar 2011 durchgeführt. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Demnach wurde die Buchführung des Vereins vollständig und gewissenhaft vorgenommen und die Prüfung hat insgesamt zu keinerlei Einwänden geführt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Beträge auf volle Euro gerundet, 01.01.2010 bis 31.12.2010 bzw. 01.01.2009 bis 31.12.2009

ERTRÄGE	2010	2009
1. Mitgliedsbeiträge und Spenden	238.507	234.109
Mitgliedsbeiträge Einzelmitglieder	69.860	62.830
Mitgliedsbeiträge korporative Mitglieder	107.400	101.900
Förderbeiträge Unternehmen und Körperschaften	8.550	8.550
Förderbeiträge Einzelpersonen	18.402	13.345
Spenden Einzelmitglieder	15.617	17.848
Spenden korporative Mitglieder	0	2.000
Spenden Einzelpersonen Nichtmitglieder	15.129	12.286
Spenden Unternehmen und Körperschaften Nichtmitglieder	3.550	15.350
2. Bußgelder	8.750	238.625
3. Erlöse aus Veranstaltungen und Vorträgen	10.004	9.349
Honorare (erhalten)	7.589	6.254
Veranstaltungseinnahmen	2.415	3.095
4. Sonstige betriebliche Erträge	10.187	1.853
Summe Erträge	267.448	483.936
AUFWAND	2010	2009
5. Personalaufwand	-177.318	-157.213
Löhne/Gehälter	-144.611	-129.042
Sozialaufwand	-32.707	-28.171
6. Abschreibungen	-1.744	-2.360
7. sonstiger betrieblicher Aufwand	-122.318	-108.368
Reisekosten	-32.509	-27.273
Bürobedarf, Kommunikation, Literatur	-22.957	-29.052
Veranstaltungskosten	-21.667	-19.555
Raumkosten	-14.171	-14.093
Buchführungs-/Prüfungskosten	-9.911	-11.806
Honorare (gezahlt)	-6.150	-150
Rechts- und Beratungskosten	-2.115	-537
Instandhaltung/Anschaffungen	-1.831	-909
Beiträge und Versicherungen	-1.625	-1.142
Werbe- und Repräsentationskosten	-1.447	-1.128
Sonstige Aufwendungen	-7.935	-2.722
Summe Aufwand	-301.380	-267.942
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.880	5.779
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-30.051	221.773
10. Außerordentliche Aufwendungen/Erträge	-22.500	0
11. Gewinnvortrag	167.596	4.687
12. Entnahmen aus den Rücklagen	87.500	55.336
13. Einstellung in die Rücklagen	-101.019	-114.200
14. Bilanzergebnis	101.526	167.596

Bilanz

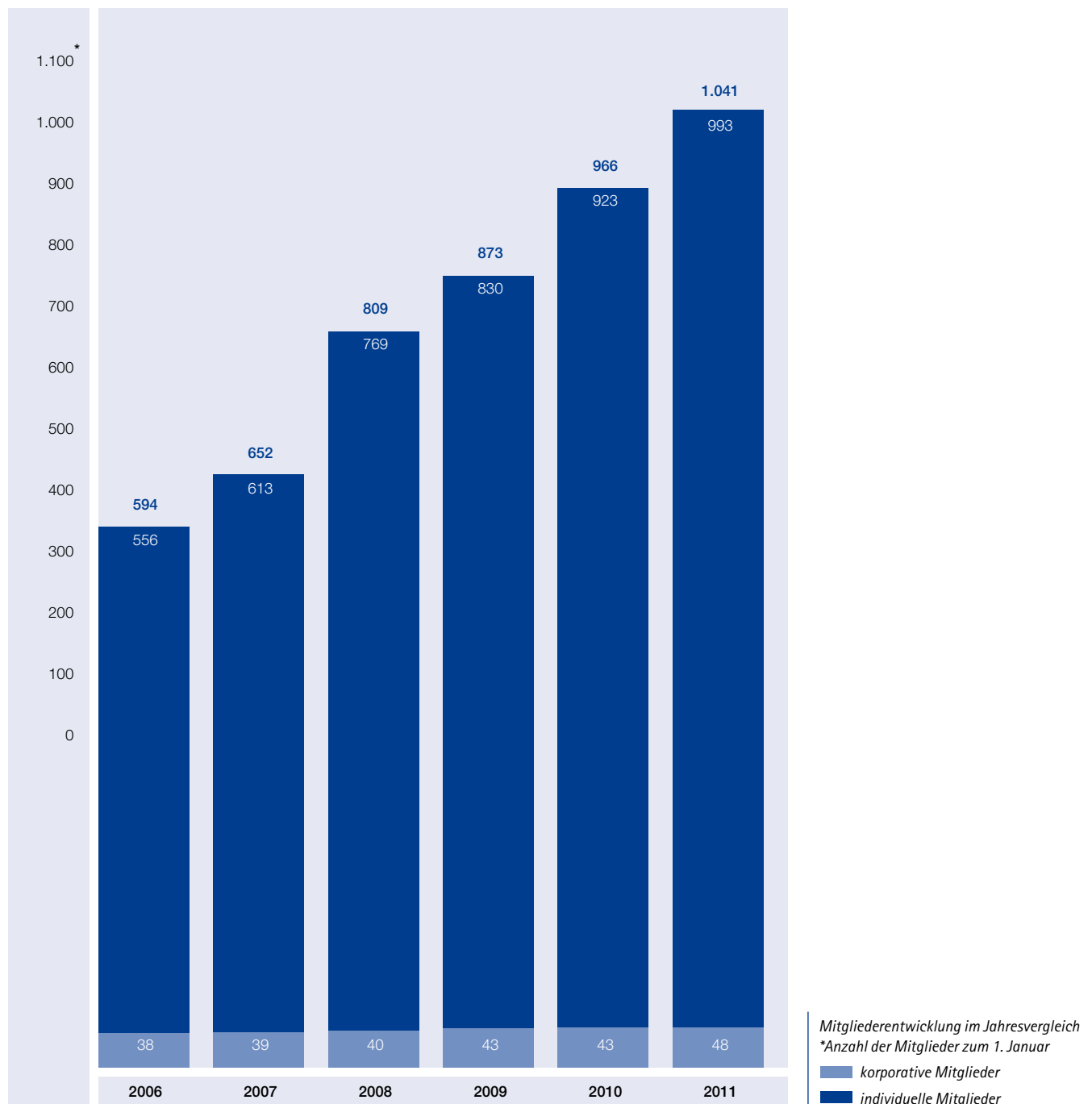
Beträge auf volle Euro gerundet, zum 31.12.2010 bzw. zum 31.12.2009

AKTIVA	2010	2009
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.127	2.871
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.453	0
2. sonstige Vermögensgegenstände	13.542	7.803
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 1.862,51 (Euro 1.862,51)	15.995	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	329.319	383.613
Summe Aktiva	346.442	394.286
PASSIVA	2010	2009
A. Eigenkapital		
I. Rücklagen		
1. Betriebsmittelrücklage	75.000	65.000
2. freie Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO	153.874	150.355
	228.874	215.355
II. Bilanzgewinn	101.526	167.596
B. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	12.924	10.521
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15	0
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 15,00 (Euro 0,00)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.103	814
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 3.102,91 (Euro 813,61)	3.118	
Summe Passiva	346.442	394.286

MITGLIEDER UND FÖRDERER

Im Jahr 2010 konnten 108 neue Mitglieder begrüßt werden (Vorjahr 135). 38 Mitglieder kündigten im Laufe des Jahres ihre Mitgliedschaft (Vorjahr 42). Die Gesamtzahl der Mitglieder zum 1. Januar 2011 lag damit bei 993 Einzelmitgliedern (zum 1. Januar 2010: 923). Das entspricht einem Nettozuwachs von sieben Einzelmitgliedern (Vorjahr 93). Die Anzahl der korporativen Mitglieder stieg auf 48. Darunter befinden sich sieben

Mitglieder auf Gegenseitigkeit. Auch die Anzahl der Personen, die Transparency Deutschland durch eine regelmäßige Spende unterstützen, ist deutlich angestiegen. Zum Jahresende waren 155 Förderinnen und Förderer zu verzeichnen (Vorjahr 119). 57 Förderinnen und Förderer sind gleichzeitig Mitglieder, die zusätzlich zu ihrem Mitgliedsbeitrag einen regelmäßigen Betrag zahlen.



Einnahmen über 1.000 Euro

Einzelpersonen

Jan-Hendrik Dohrmann	1.135 €	Spende
Dr. Peter Fries	1.700 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Winfried Gausselmann	2.580 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Gabriele Geier	3.526 €	Spende
Dr. Peter Geigle	1.080 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Dr. Anke Martiny	1.150 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Claudia Schumbach	1.180 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Axel Tampe	3.080 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Caspar von Hauenschild	1.330 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Folkard Wohlgemuth	3.180 €	Mitgliedsbeitrag und Spende

Unternehmen, Organisationen, Kommunen

ABB AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
AGEG Consultants eG	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Allianz SE	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
BASF SE	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Bundesagentur für Arbeit	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Bundesstadt Bonn	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Business Keeper AG	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Commerzbank AG	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
Control Risks Deutschland GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Daimler AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
DB Mobility Logistics AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
DEG mbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Deloitte & Touche GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Deutsche Lufthansa AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Digital Spirit GmbH	1.000 €	Spende
Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co KG	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Fraport AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
GFA Consulting Group GmbH	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
GOPA mbH	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
GTech GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
GTZ GmbH	2.800 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Helios Kliniken GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
HOCHTIEF AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
KfW Bankengruppe	2.750 €	Mitgliedsbeitrag und Spende
Körper-Stiftung	1.000 €	Spende
Kugler Maag CIE GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Landeshauptstadt Potsdam	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
MAN SE	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Michael Koch GmbH	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Pfalzkllinikum für Psychiatrie und Neurologie AdöR	2.500 €	Mitgliedsbeitrag
PricewaterhouseCoopers AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Robert Bosch GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
SAP AG	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadt Halle/Saale	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadt Hilden	1.000 €	Mitgliedsbeitrag
Stadtwerke Bonn GmbH	5.000 €	Mitgliedsbeitrag
ThyssenKrupp AG	5.000 €	Spende

Namen der Personen, Organisationen, Unternehmen oder Kommunen, die Transparency International Deutschland e.V. im Jahr 2010 insgesamt mindestens 1.000 Euro im Rahmen von Geldspenden, Sachspenden, Mitgliedsbeiträgen und Projektbeiträgen zugewendet haben. Für Ihre Unterstützung sei gedankt.

Korporative Mitglieder

ABB AG, Mannheim
AGEG Consultants eG, Kirchheim unter Teck
akzente Kommunikation und Beratung GmbH, München
Allianz SE, München
BASF SE, Ludwigshafen
Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg
Bundesstadt Bonn
Business Keeper AG, Berlin
Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Control Risks Deutschland GmbH, Berlin
Daimler AG, Stuttgart
Deloitte & Touche GmbH, München
Deutsche Bahn AG, Berlin
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) mbH, Köln
Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt/Main
Dr. Buchert Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Frankfurt/Main
Dr. Kleinfeld CEC GmbH & Co. KG, Hamburg
Fraport AG, Frankfurt/Main
GFA Consulting Group GmbH, Hamburg
GOPA mbH, Bad Homburg
GTECH GmbH, Frankfurt/Main
GTZ GmbH (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), Eschborn
HELIOS Kliniken GmbH, Berlin
HOCHTIEF AG, Essen
Innenministerium Schleswig-Holstein, Kiel
KfW Bankengruppe (Kreditanstalt für Wiederaufbau), Frankfurt/Main
KUGLER MAAG CIE GmbH, Kornwestheim
Landeshauptstadt Potsdam
MAN SE, München
Michael Koch GmbH, Ubstadt-Weiher
Ochsenfeld Rechtsanwälte, Hildesheim
Pfalzkllinikum für Psychiatrie und Neurologie AdöR, Klingenmünster
PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main
Robert Bosch GmbH, Stuttgart
SAP AG, Walldorf
Stadt Halle (Saale)
Stadt Hilden
Stadtwerke Bonn GmbH, Bonn
Stiftung Evolutionsfond Apfelbaum, Köln
Wirtschaftsgilde e.V., Weinheim

Korporative Mitglieder auf Gegenseitigkeit

Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Bonn/Berlin
Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik EBEN Deutschland e.V. (dnwe), Zittau
European Healthcare Fraud and Corruption Network (EHFCN), Brüssel
Global Cooperation Council (Nord-Süd-Forum) e.V., Bonn
ICC Deutschland, Berlin
Nord-Süd-Forum München e.V., München
Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

(Stand: 31.12.2010)



BERTA VAN SCHOOR
SPENDERIN AUS KÖLN
REFERENTIN

„Korruption verursacht nicht nur materielle, sondern vor allem immaterielle Schäden, indem sie die demokratischen Prinzipien unserer Gesellschaft aushöhlt. Ich unterstütze Transparency Deutschland, weil damit ein Bewusstsein für die Problematik geschaffen wird und bestehende Missstände aufgedeckt werden.“

ORGANISATION

Vorstand

Prof. Dr. Edda Müller (Vorsitzende)	<i>Honorarprofessorin, Ministerin a. D., Berlin</i>
Dr. Peter von Blomberg (Stellvertretender Vorsitzender)	<i>ehem. Vorstandsmitglied der Allianz-Versicherungs-AG, Köln</i>
Dr. Hedda von Wedel (Stellvertretende Vorsitzende)	<i>Staatssekretärin a. D., Präsidentin des Bundesrechnungshofes a. D., Mitglied des Europäischen Rechnungshofes a. D., Andernach</i>
Jochen Bäumel	<i>Journalist, Korrespondent der ARD a. D., Berlin</i>
Constanze Berendts	<i>Geschäftsführerin bei BenE München e.V., München</i>
Gabriele C. Klug	<i>Stadtkämmerin, Leitende Ministerialrätin a. D., Wesel am Niederrhein</i>
Prof. Dr. Dr. Jürgen W. Marten	<i>Rechtsanwalt, Berlin</i>
Dr. Anke Martiny	<i>Senatorin a. D., Publizistin, Berlin</i>
Sylvia Schenk	<i>Rechtsanwältin, Stadträtin a. D., Frankfurt am Main</i>
Dr. Angela Spelsberg	<i>Ärztin und Epidemiologin, Münster</i>
Caspar von Hauenschild	<i>Berater von Unternehmen, München</i>
Dr. Wolfgang Wodarg	<i>Arzt, Bundestagsabgeordneter a. D., Berlin</i>

Beirat

Prof. Dr. Hansjörg Elshorst (Beiratsvorsitzender)	<i>Ehem. Geschäftsführer Transparency International, ehem. Vorsitzender Transparency Deutschland, Honorarprofessor an der Universität Potsdam, Potsdam</i>
Prof. Dr. Elmar Altvater	<i>Emeritierter Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, Berlin</i>
Gerhart Rudolf Baum	<i>Bundestagsabgeordneter a. D. (FDP), Bundesinnenminister a. D., Köln</i>
Gerd Billen	<i>Vorsitzender Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv), Berlin</i>
Marianne Birthler	<i>Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bildungsministerin in Brandenburg a. D., Berlin</i>
Prof. Dr. Georg Cremer	<i>Generalsekretär Deutscher Caritasverband e.V., Merzhausen</i>
Freimut Duve	<i>Beauftragter für Freiheit der Medien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) a. D., Hamburg</i>
Prof. Dr. jur. Peter Eigen	<i>Gründer und ehem. Vorsitzender von Transparency International, Vorsitzender des Beirats von Transparency International, Berlin</i>
Marianne Heuwagen	<i>Direktorin des Deutschland-Büros von Human Rights Watch a. D., Berlin</i>
Dietmar Hexel	<i>Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin</i>
Prof. Dr. Thomas Leif	<i>Journalist und Buchautor, Chefreporter Fernsehen des Südwestrundfunks, erster Vorsitzender des Netzwerk Recherche e.V., Wiesbaden</i>
Hans Leyendecker	<i>Journalist und Buchautor, Leichlingen</i>
Prof. Dr. Philip Manow	<i>Professor für Moderne Politische Theorie am Institut für Politische Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Heidelberg</i>
Margret Mönig-Raane	<i>Stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) e.V., stellvertretende Vorsitzende Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin</i>
Dr. Michaela Schreyer	<i>Vizepräsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland, Kommissarin für Haushalt der Europäischen Union a. D., Berlin</i>
Barbara Stolterfoht	<i>Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung in Hessen a. D., ehem. Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV), Berlin</i>
Dr. Rupert Graf Strachwitz	<i>Direktor des Maecenata-Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin</i>

Prof. Dr. phil. Ulrich von Alemann	<i>Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf</i>
Dr. Konrad von Bonin	<i>Ehem. Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), Künzell</i>
Prof. Dr. Axel von Werder	<i>Professor an der Technischen Universität Berlin, Leiter des Berlin Center of Corporate Governance, Berlin</i>

Ethikbeauftragter

Dr. Michael H. Wiehen	<i>Ehem. Weltbankdirektor und Rechtsanwalt, München</i>
-----------------------	---

Arbeitsgruppenleiter/innen

Constanze Berendts	<i>Politische Bildung</i>
Jens Claussen	<i>Transparenz im Gemeinnützigen Sektor</i>
Dr. Max Dehmel	<i>Internationale Konventionen</i>
Sonja Grolig	<i>Nicht-Staatliche Entwicklungszusammenarbeit</i>
Dr. Peter Hammacher	<i>Hinweisgeber</i>
Uwe Henrich	<i>Staatliche Entwicklungszusammenarbeit</i>
Reiner Hüper	<i>Strafverfolgung</i>
Dieter Hüsgen	<i>Informationsfreiheit</i>
Janina Kalle	<i>Transparenz in den Medien</i>
Lars-Heiko Kruse	<i>Sport</i>
Walter Küblbeck	<i>Kommunen</i>
Dr. Christian Lantermann	<i>Zentralregister/Vergabewesen</i>
Dr. Heike Mayer	<i>Informationsfreiheit</i>
Dr. Andreas Novak	<i>Wirtschaft</i>
Dr. Gisela Rüb	<i>Bundes- und Landesverwaltung</i>
Dr. Angela Spelsberg	<i>Gesundheit</i>
Marion Stein	<i>Politik</i>

Shirley van Buiren	<i>Corporate Accountability/Monitoring OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen</i>
Caspar von Hauenschild	<i>Finanzmarkt</i>
Dr. Michael H. Wiehen	<i>Integritätspakt</i>

Regionalgruppenleiter/innen

Sebastian Händschke	<i>Regionalgruppe Thüringen/Sachsen-Anhalt</i>
Lothar Hermes	<i>Regionalgruppe Sachsen</i>
Gerd Leilich	<i>Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein</i>
Dr. Jan Tibor Lelley	<i>Regionalgruppe Ruhrgebiet</i>
Nicole Perez	<i>Regionalgruppe Baden-Württemberg</i>
Andreas Riegel	<i>Regionalgruppe Rheinland</i>
Dr. Harald Schlüter	<i>Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe</i>
Dr. Kirsten Schubert	<i>Regionalgruppe Bremen</i>
Dennis Schwarz	<i>Regionalgruppe Niedersachsen</i>
Dr. Sabine Stetter	<i>Regionalgruppe München</i>
Adelheid Tröscher	<i>Regionalgruppe Frankfurt-Rhein-Main</i>
Dr. Astrid Wokalek	<i>Regionalgruppe Berlin/Brandenburg</i>

(Die Angaben in diesem Kapitel beziehen sich auf den Stand vom 31.12.2010)

Geschäftsstelle

Team

Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer
 Ricarda Bauch
 Sylvia Hänchen
 Jörg Mühlbach (bis 28.02.)
 Sylvia Stützer (ab 01.03.)
 Alexander Pepper (Student/IT) (bis 31.05.)
 Thomas Hoffmann (Student/IT) (ab 01.05.)

Das Team der Geschäftsstelle (von oben links nach rechts unten): Michael Obrist, Ricarda Bauch, Sylvia Hänchen, Sylvia Stützer, Vera Scholz, Dr. Christian Humborg



Praktikantinnen und Praktikanten

Moritz Mannschreck (April bis Oktober)
 Nicolai Nagler (bis April)
 Michael Obrist (ab September)
 Maria Pawelec (März bis September)
 Merle Rutz (bis März)
 Vera Scholz (ab Oktober)

Externe Unterstützung

Folkard Wohlgemuth (Buchhalter)
 Martin G. Löhe (Webmaster)

Mit der Unterzeichnung der INGO-Accountability Charter hat sich Transparency verpflichtet, im Jahresbericht über die Umweltauswirkungen der Tätigkeit Bericht zu erstatten. Im Jahr 2010 wurde durch den Stromverbrauch sowie die Reisen der Geschäftsstelle ein CO₂-Ausstoß von rund 33,6 t (Vorjahr: rund 20,9 t) verursacht. Für die Berechnung des Ausstoßes wurde der CO₂-Rechner von www.klimAktiv.de genutzt, dessen Erstellung durch das Umweltbundesamt fachlich unterstützt worden ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle nutzen auf dem Weg zur Arbeit das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel.

Sitzungen

20.01.2010	Vorstandssitzung in Berlin
05. - 07.03.2010	Treffen des Führungskreises in Eisenach
24.04.2010	Vorstandssitzung in München
18.06.2010	Vorstandssitzung in Berlin
19.06.2010	Mitgliederversammlung in Berlin
26.08.2010	Vorstandssitzung in Berlin
27.10.2010	Vorstandssitzung in Düsseldorf
02.11.2010	Beiratssitzung

Korruptionsprävention braucht Ihre Unterstützung!

Die Mitglieder von Transparency Deutschland engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für die Bekämpfung von Korruption in Deutschland. Sie bringen Ihr Fachwissen, Ihre Zeit und auch finanzielle Ressourcen ein. In thematischen Arbeitsgruppen setzen Sie sich gegen Korruption im Gesundheitswesen, der Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung ein. In Regionalgruppen machen Sie sich für Transparenz vor Ort stark. Mit Hilfe von Vorträgen, öffentlichen Diskussionen, Stellungnahmen in der Presse, Vertretungen bei Gesetzesanhörungen oder durch Publikationen leisten die ehrenamtlichen Mitglieder von Transparency Deutschland den wesentlichen Teil unserer Arbeit und stoßen dabei oft auf Widerstände.

Um weiterhin so erfolgreich arbeiten zu können, ist Transparency Deutschland auf Ihre Unterstützung angewiesen.



So können Sie aktiv werden:

Förderbeitrag

Regelmäßige Förderbeiträge geben uns eine hohe Planungssicherheit und stärken unsere Unabhängigkeit. Wir informieren Sie regelmäßig über unsere Arbeit.

Spende

Einzelne Spenden ermöglichen es uns, Projekte durchzuführen, die sonst nicht möglich wären.

Spendenkonto: Transparency International Deutschland e.V.
Konto-Nr. 5611679 bei der HypoVereinsbank Berlin (BLZ 100 208 90)

Mitglied

Als Mitglied bringen Sie sich aktiv ein, zum Beispiel in einer unserer Regionalgruppen oder für Schwerpunktthemen wie Wirtschaft, Politik, Sport und Gesundheitswesen.

Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Website www.transparency.de unter dem Menüpunkt „Unterstützen“.

Wir bedanken uns bei allen Spenderinnen und Spendern, Förderinnen und Förderern und natürlich bei unseren Mitgliedern, die die Bekämpfung der Korruption finanziell unterstützt haben!

Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer

Impressum

Transparency International Deutschland e.V.

Alte Schönhauser Str. 44

10119 Berlin

Tel.: 030-549898-0

Fax: 030-549898-22

office@transparency.de

www.transparency.de

ISBN: 978-3-9814329-0-9

Fotonachweis:

Titelseite: Susanne Meier, fotolia.com – Modifikation: fuenffreunde.de

Seite 6, 18, 32, 42, 52: privat

Seite 9 (links): Klinikum Region Hannover GmbH

Seite 12 (links): Land Brandenburg

Seite 13 (links): Goesgen, Wikimedia Commons

Seite 13 (rechts): Harald Sieben, fotolia.com

Seite 17: Berliner Wassertisch; Peter Himself

Seite 24: Frankfurter Börse, Wikimedia Commons

Seite 58: Christian Laukemper

Innenteil: Soweit nicht anders angegeben: Transparency International Deutschland e.V.

Gestaltung: FÜNF FREUNDE Werbeagentur UG, Berlin - www.fuenffreunde.de

Papier: Revive pure natural matt aus 100% Altpapier, naturweiß

Druck und Bindung: art + image GmbH, Minden

Transparency International Deutschland e.V.

Alte Schönhauser Str. 44

10119 Berlin

Tel.: 030-549898-0

Fax: 030-549898-22

office@transparency.de

www.transparency.de